Nummer 43 Berlin, den 24. Oktober 1931 44. Jahrgang

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Kachelofen- u. Steinzeugindustrie, in Schiefbentöpfereien und Glasereien, in Putzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofensetzer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postscheckk. Berlin 65232.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale. Geschäftsanzeigen nach Tarif durch „Werba", Berlin SW 11.

Die Brockensammlung in Harzburg.

Bereits in voriger Nummer konnten wir kurz berichten von dem merkwürdigen Stelldichein der sogenannten nationalen Opposition in Harzburg. Ehemals kaiserliche Prinzen, abgehalfterte Fürsten, kalkgestellte Generale, das klappernde Gebein mit goldstrotzenden Uniformjacken umhangen, umrahmten dort wohl- und selbstgefällig die Parade der Stahlhelmer und Nazis. Dieses mumifizierte, muffige Gerümpel aus wilhelminischer Vorzeit mit Gardestern, Monokel und Blechladen, daneben die Schwerindustriellen mit Zylinder und im Cutaway und die großagrarischen Junker und Junkergenossen in biederer Jagdjoppe mit dito Hut und Rasierpinsel starrten in Harzburg unverwandt auf die von ihnen gehätschelten Nazis und die braven Stahlhelmer als ihre Prätorianergarde. Sie sehen in diesen „rauhen" Landsknechten die Retter aus der „Not" der neuen Zeit, die so gar nichts mehr wissen will von dem Gottesgnadentum früherer Zeiten. Präsentiermarsch, Parademarsch im Stechschritt und diverser Feldgottesdienst gaben dieser Kundgebung das äußere Gepräge. Mancher ausgetrockneten Generalsmumie wird dabei das halbverdorrte Herz vor Freude und Wehmut hörbar geklappert haben...

In Harzburg hatte sich alles versammelt, was den Rückschritt will und die Knechtung der arbeitenden Massen. Um dies „populär" aufzuziehen, heulmeierte man heuchlerisch nach eifriger „Beratung" in einer Entschließung vom „Blutterror des Marxismus", vom fortschreitenden „Kulturbolschewismus" und von der „Zerreißung der Nation durch den Klassenkampf". Man forderte die Beseitigung der Reichsregierung und der Preußenregierung, sofortige Neuwahlen, die Wiederherstellung der „deutschen Wehrhoheit" und den Kampf gegen das Versailler Diktat.

Nichts als widerwärtige Schaumschlägerei, übertroffen durch freche Heuchelei! Doch bitte, das war Außenfassade für alle, die nie alle werden, und die, die alles Heil erwarten vom Stechschritt, vom Präsentiergriff und der glänzenden Uniform; die jene Zeiten herbeisehnen, als man noch „Untertan" war, aber mit krummem Rücken und einigen allerunterthänigsten Redensarten fette Staatspfründen ergattern konnte, als das Privileg des Besitzes noch allein ausschlaggebend war für das satte Wohlergehen des bourgeoisen Nachwuchses, dem für teure Steuergroschen in den Hochschulen ein wenig Wissen eingedrillt wurde, um es zu „befähigen" zum späteren Bezug von Riesengehältern an der staatlichen Futterkrippe. Ja, das waren herrliche Zeiten! Damals war das Privileg der Ministersessel, der Ober- und Regierungspräsidentenschaft, sonstiger Ratssessel und der goldstrotzenden Generalsuniform noch den pauk- und sauflustigen Sprößlingen und Lausbuben arroganter Junker und dicknäsiger Hochfinanzherren ausschließlich vorbehalten. Da begreift man die Sehnsüchte nach der alten Zeit!

In Wirklichkeit ging es in Harzburg aber nicht nur um solche hausbackenen Belange und Reservatrechte der „Bildung" und des „Besitzes". Es ging um mehr! In Harzburg tat sich auf die tiefe Kluft zwischen Arbeit und Kapital. Dort ging es nicht nur um die überlebten Wünsche von Vergangenheitsmenschen nach fetten Staatsämtern, es handelte sich dort allgemein um den Willen, das frühere Herrschaftsverhältnis nicht nur im Staat, sondern auch in der Wirtschaft wiederherzustellen und damit die Arbeiterschaft vollkommen zur willenlosen Kanaille zu degradieren. Fort mit dem verhaßten Tarifrecht! Her mit maßlos verlängerter Arbeitszeit! Her mit der Leibeigenschaft aus der Zeit des Alten Fritz! Fort mit jeglichem Arbeitsrecht! Beseitigung der Sozialgesetzgebung! Und deshalb in Harzburg eine Generalhetze gegen die Gewerkschaften, deshalb die brennende Sehnsucht nach ihrer Vernichtung, sei es auch unter Anwendung von Gewalt und brutalstem Terror! Die dort in heuchlerischer Krokodilstränenmanier protestierten gegen den „Blutterror der Marxisten", entpuppten sich selbst als Terroristen allerübelster Art...

So sehen die wahren Gelüste derer aus, die dort in Harzburg versammelt waren und die bei feierlichem „Feldgottesdienst" ihren Gott, den Gott der Reichen, um Hilfe zu ihrem „löblichen Tun" anriefen. Das war das wahre Begehren dieser rücksichtslosen Erzegoisten, die sich außerdem noch den frechen Blödsinn leisten, sich „nationale Opposition" zu nennen. Ihr Ziel hat Generaldirektor Rosterg erst am 7. Oktober in der scharfmacherischen „Deutschen Bergwerks-Zeitung" plastisch herausgearbeitet: „Herrn Dr. Brüning ist nur dringend zu raten, die deutsche Wirtschaft endlich zu befreien. Ich glaube schon, daß Herrn Dr. Brüning dabei von gewerkschaftlicher Seite, d. h. von allen Gewerkschaften, großer Widerstand entgegengesetzt wird. Aber dieser Widerstand muß im Interesse eines höheren Zieles gebrochen werden, koste es, was es wolle. Nur in der freien deutschen Wirtschaft werden die Arbeitslosen wieder beschäftigt werden können. Nur, wenn sofort unsere Tarife mit dem Arbeitszeitabkommen aufgehoben werden, werden wir wahrscheinlich ebenso schnell wie Amerika wieder hochkommen." Und kürzlich sagte in Augsburg vor einer Versammlung der „besseren Geschäftswelt" der Leiter der nationalsozialistischen wirtschaftspolitischen Abteilung, Dr. Wagener: „Das Wesen der Produktionspolitik wird sein, die Wirtschaft von allen Steuern und Lasten zu befreien." Offen bekannte dieser mit der Schwerindustrie verbündete Nazi-Häuptling, daß damit die Beseitigung des gesamten Fürsorgewesens, des Tarifvertragsrechts, der Arbeitslosen-, Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung verbunden sei. Diese Frechheiten fanden tosenden Beifall...

Ein solches Draufgängertum hat für sich den Vorzug der Offenheit. Dieses Programm fand auch in Harzburg ungeteilte Zustimmung. Und als Zugabe liebäugelte man mit einer neuen Inflation, um zur höheren Ehre der Schwerverdiener die Spargroschen der kleinen Sparer und Rentner zu entwerten. Jede Rede ein rücksichtsloses, brutales Eintreten für die unbeschränkte Herrschaft des Privatkapitalismus, der Schwerindustriellen, der Bankmagnaten, der Börsenschieber und jenes mumifizierten Gelichters, das von dieser Herrschaft ebenfalls goldene Tage und fette Pfründen erhofft...

Gegenüber solchen frechen Gelüsten stehen die Gewerkschaften aller Richtungen in einheitlicher Abwehrfront. Block steht gegen Block. Und auf der Feindesseite stehen die Hugenberg, Seldte, Hitler, Poensgen und Rosterg als Todfeinde der Gewerkschaften. Thälmann sekundiert ihnen als williger Helfershelfer. Doch der Block der Gewerkschaften wird unüberwindlich sein. Er wird Nationalsozialismus, Hugenbergerei und Unternehmerscharfmacherei zu überwinden verstehen. Er wird auch die „revolutionären" Schriftmacher der Reaktion überwinden. Dieses Stelldichein in Harzburg war ein Brockengespenst, aufgetaucht aus dem Nebel längst versunkener Zeiten. Möge die Arbeiterschaft dafür sorgen, daß von diesem mit allerlei hohlem Tand und Flitter behangenen Brockengespenst nur noch lose Brocken übrig bleiben!

Ist der Deutsche Verein für Wohnungsreform auf dem richtigen Wege?

Der Deutsche Verein für Wohnungsreform hat manche Verdienste. Besonders um die Aufdeckung von Wohnungselend und seine Beseitigung hat er manches geleistet. Um so mehr muß man seinen kürzlichen Diskussionsabend bedauern. — Für diesen Abend, es war am 11. Oktober, hatte man sich Dr.-Ing. E. Vetterlein, Architekt BDA., ordentlicher Professor für Städtebau an der Technischen Hochschule Hannover verpflichtet, der über das Thema „Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch Krisensiedlung" sprach. Er zeigte an Hand schematischer Darstellungen, daß das Anwachsen der Arbeitslosigkeit die logische Folge von Konstruktionsfehlern der Weltwirtschaftsmaschine sei. Diese Konstruktionsfehler beruhen aber nicht etwa auf einer falschen sozialen Schichtung, hatten nicht etwa privatwirtschaftliche Ursachen, sondern sind nach Herrn Vetterlein rein technisch-wirtschaftlicher Art, Reparationen und ähnliche Dinge. Zur Ueberwindung dieser Konstruktionsfehler empfahl er zwar die Zusammenarbeit mit dem internationalen Kapital. Was er aber sonst noch über die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit sagte, hatte einen so stark nationalistischen Anstrich, daß es verständlich war, wenn ein großer Teil der Zuhörer dem Professor kühl gegenüberstand. Herr Vetterlein sprach von „unsern Feinden", als ob wir uns mitten in einem Krieg befänden. Er kritisierte mit Allgemeinplätzen, daß etwas getan werden müsse, worüber sich nachgerade jeder Mensch klar ist. Es muß aber nicht nur „etwas", sondern eine ganze Menge getan werden, etwas, was weit über die nationalen Grenzen hinaus wirkt. Professor Vetterlein aber sprach verächtlich davon, daß „wir nicht warten können, bis die Herren Briand, Laval und Hoover uns helfen" und forderte deshalb Selbsthilfe und „Volksgemeinschaft". In naivsten Gedankengängen lieferte Herr Vetterlein — jeder Zoll ein politisierender Architekt — seinen geistigen Unkostenbeitrag zum Problem der internationalen Wirtschaftsverständigung. Man wäre glücklich, könnte man nun feststellen, daß die siedlungspolitischen Ausführungen des Herrn Professors die Schwächen, die er im Wirtschafts- und Staatspolitischen zeigte, aufhoben. Aber das ist leider nicht der Fall. Was propagierte Herr Vetterlein? Nichts anderes als die Errichtung jener berühmten Nebenerwerbssiedlungen, für die er allerdings in wunderbarer Erkenntnis den Ausdruck „Krisensiedlung" erfunden hat. Eine Siedlung mit einem Häuschen, in dem eine Familie nicht wohnen kann, sondern zusammengepfercht werden muß. Wir müssen schon sagen, daß es unangenehm berührt, wenn in einem Verein für Wohnungsreform wohnungspolitisch rückwärtsgerichtete Propaganda betrieben wird. „Deutsches Volk, kehre zur Einfachheit zurück!" Sich selbst aber schließt man dabei aus. Plötzlich kommt diesen und allen gesinnungsverwandten Wohnungsbau„politikern" die Erkenntnis: „Wir haben zehn Jahre lang falsch gebaut". Zu groß oder zu teuer. Wobei man kein Wort gegen Profitwirtschaft findet. Im Gegenteil, die Privatwirtschaft muß — das wird ausdrücklich hervorgehoben — aufrechterhalten werden. Aber wenn wir uns die „Nebenerwerbssiedlung" der Reichsregierung oder die Krisensiedlung des Herrn Professor Vetterlein vor Augen führen, dann müssen wir schon sagen, daß das, was in den letzten zehn Jahren gebaut worden ist, allgemein doch ein riesiger, unendlich großer Kulturfortschritt ist. Davon wollen diese Wohnungsreformer nun wieder zurück, zurück mit Mitteln und auf einer Grundlage, deren Existenzlosigkeit heute schon vorauszusehen ist. Herr Vetterlein aber propagierte sie weiter, wobei er noch dafür Sorge tragen will, daß seine Nebenerwerbssiedlung nicht der Schwarzarbeit dient und mit ihren Erträgnissen die Privatwirtschaft schädige. Die politischen Tendenzen, die seine Ausführungen wie rote Fäden durchzogen, zeigten Herrn Vetterlein als das Muster eines radiaten Sachsen, dessen gemütlicher Wohlklang seiner Sprache oftmals in sehr krassem Widerspruch zu den Vokabeln stand, die seinem fast allzu beredten Munde entströmten.

Herr Staatssekretär Scheidt unternahm den hoffnungslosen Versuch, den in den Wolken schwebenden Professor wieder auf den Erdboden zurückzubringen. Aber Herr Vetterlein fand Unterstützung bei anderen Wohnungsbaupolitikern, so bei Herrn Sanitätsrat Dr. Bonne, der eigens aus Hamburg herbeigeeilt war, um für seine, wie er sagte, Kistensiedlungen Propaganda zu machen, in denen es keinen Hunger und keine Not und keinen § 218 gebe, weil alles so schön in Butter ist, daß die Frauen alle Kinder freudig zur Welt bringen. Diese Herren glauben, die soziale Frage sei schon gelöst, wenn man eine Familie aus einer Kellerwohnung herausbringt und sie in der zwar frischen und freien Luft des Landgebiets, wenn auch in engen und schmalen Kistensiedlungen unterbringt. Die Herren waren zwar mit ideal schimmerndem Schwung bei der Sache; aber er ist nichts anderes als eine bedauerliche Fehlleitung an Idealismus. Sie sprachen von Volksgemeinschaft

und sind bis heute nicht dahintergekommen, daß diese Volksgemeinschaft in einer Gesellschaft, deren Wirtschaft auf der Grundlage der Privat- und Profitwirtschaft aufgebaut ist, ein Unding ist. Herr Petzerlein verirrte sich sogar so weit, daß er mit fast rührendem Schmerz und mit geistigen Tränen von der verpaßten Gelegenheit und von dem Manne sprach, der im August 1914 mit den Worten: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche", angeblich diese Volksgemeinschaft begründen wollte.

Wenn wir uns nun die Frage stellen, ob der Deutsche Verein für Wohnungsreform sich richtig verhält, so müssen wir diese Frage leider verneinen. Zwar kann ein Verein nicht für alle Ausführungen eines Referenten verantwortlich gemacht werden, aber wir wollen hoffen, daß der Verein für Wohnungsreform seine Vortragenden mehr auf Herz und Nieren prüft, bevor er sie auf die Menschheit loslässt.

Ernste Mahnung in schwerer Zeit.

Sofort nach dem Erscheinen der 3. Notverordnung des Reichspräsidenten hat unserm 9. Oktober unser Baugewerksbund an die Regierungen der deutschen Länder und an die Spitzenverbände der Gemeinden folgendes Schreiben gerichtet:

Die dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931 gibt in Teil I, Kapitel 5, Artikel 8 den Landesregierungen die Ermächtigung, den Wohnungsbauanteil aus der Hauszinssteuer mit sofortiger Wirkung allgemeinen Zwecken dienstbar zu machen, sofern nicht schon Hypothekenzusagen gemacht worden sind.

Wir dürfen darauf aufmerksam machen, daß eine Anwendung dieser Ermächtigung mit der sofortigen Stillegung der letzten Reste von Baukätigkeit in Deutschland gleichbedeutend ist und eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit um 450 000 Personen nach sich ziehen muß. Eine derartige Vermehrung der Arbeitslosigkeit muß mit sofortiger Wirkung unmittelbar die Finanzen von Ländern und Gemeinden treffen, da die Bauarbeiterschaft und die Arbeiterschaft in den Baustoffindustrien nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht in die Lage gekommen sein können, Versicherungsleistungen von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zu beanspruchen.

Wir sind überzeugt, daß unter diesen Umständen von der Ermächtigung der Verordnung Gebrauch zu machen, sich nicht lohnen würde, und bitten daher dringend, den Wohnungsbauanteil aus der Hauszinssteuer nicht noch mehr zu kürzen, als dies bisher schon geschehen ist.

Wir bitten, darauf hinweisen zu dürfen, daß die Bauarbeiterschaft den notleidendsten Teil der gesamten deutschen Arbeiterschaft darstellt, da sie seit nunmehr zwei Jahren von allen finanzpolitischen Maßnahmen unvergleichlich stärker betroffen ist als die gesamte übrige Arbeiterschaft. Diese Ungerechtigkeiten müssen, wenn sie jetzt durch Entziehung der letzten Arbeitsmöglichkeiten verschärft werden, für die Allgemeinheit politisch verhängnisvolle Auswirkungen haben. Wir bitten daher, auch aus diesem staatspolitischen Grunde von der Ermächtigung der dritten Verordnung keinen Gebrauch zu machen.

gez. R. Bernhard.

Ob diese ernste Mahnung im Interesse hunderttausender Bauarbeiter, diese Mahnung, die zugleich ein Notschrei ist in höchster Not, endlich die ihr zustehende Beachtung finden wird?

Reichskonferenz der Töpfer und Fliesenleger.

Am 11. Oktober tagte im Volkshaus zu Chemnitz eine Reichskonferenz der Töpfer und Fliesenleger. Die Konferenz war deshalb notwendig, weil der bisherige Obmann dieser Reichsfachgruppe, Kollege Moritz Lother, seines vorgeschrittenen Alters wegen von seinem Amt zurückzutreten gewillt ist; zum andern bedurften die brennenden Tarif- und Lohnfragen der verschiedenen Sparten dieser Gruppe einer dringenden Beratung.

Zunächst gab Kollege Lother einen erschöpfenden Bericht über die Zeit seit dem zweiten Halbjahr 1930 bis heute. Er beleuchtete die ungeheure Wirtschaftskrise, ihre Ursachen und Wirkungen, vor allem auch die daraus resultierenden politischen Wirrnisse und Irrungen. Alle bisherigen Maßnahmen, die gestörte Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, haben sich als Fehlschläge erwiesen und die Krise noch mehr verschärft. Der zur verhängnisvollen Wirtschaftsepidemie ausgewachsene Lohnabbaufimmel, das allerungeeignetste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, grassiert selbstverständlich auch im Baugewerbe und nicht zuletzt im Töpfer- und Fliesenlegergewerbe. Vor allem waren es die Ofenformer, die unter der krankhaften Lohnabbauwut der Unternehmer zu leiden hatten. Auch im Scheiben-, Steinzeug-, Ofensetzer- und Fliesenlegergewerbe sind die Unternehmer von der Lohnabbaukrankheit erfaßt, weshalb es schon vielfach zu schweren Abwehrkämpfen gekommen ist. Dabei war es leider nicht möglich, die Lohnabbaugelüste der Unternehmer gänzlich abzudämpfen, die überaus schlechte Konjunktur erwies sich als mächtiger Verbündeter des unternehmerlichen Wirtschaftsunverstandes. Immerhin war es — vor allem dank der gutgefügten Organisation — im Jahre 1930 möglich, Schlimmstes abzuwehren und teilweise sogar auch beachtliche Folge zu erzwingen. Der Kampf verschärfte sich im Jahre 1931 noch mehr. Er währt weiter. In allen Sparten drohen auch fernerhin Abwehrkämpfe, provoziert durch die Unternehmer, deren plan- und sinnloses Wirtschaftsgebaren sogar im Reichsarbeitsministerium eine gewichtige Stütze findet. Nachdem der Redner alle Abwehrkämpfe während der Berichtszeit im einzelnen behandelt, wobei er auch die Bemühungen um ein Tarifverhältnis für die Lehrlinge schilderte, die stellenweise Erfolg hatten, ferner die Tatsache erwähnte und scharf verurteilte, daß die Unternehmer im Ofensetzergewerbe nunmehr auch das jahrelang bestandene Ferienabkommen gekündigt haben, schloß er mit der Feststellung, daß derlei Angriffe auf die sozialen Positionen der Reichsfachgruppe unmöglich Ruhe und Frieden zu schaffen geeignet sind. Unser Bund wird nach wie vor alle Mittel in Anwendung bringen, um den Angriffen der Unternehmer zu begegnen.

Die Aussprache gestaltete sich zu einem scharfen und eindringlichen Protest gegen die vielfach geradezu unverschämten Lohnabbaugelüste und sonstigen rigorosen Gewaltmaßnahmen der Unternehmer, in erster Linie der Ofenfabrikanten, die sich sogar nicht scheuen, in diesen von der Not gepeitschten Zeiten männliche durch ungeeignete weibliche Arbeitskräfte zu „ersetzen", und gegen die Abdrosselung der Bauwirtschaft vor allem durch die verschiedentlichen Regierungsmaßnahmen. Die Schundkonkurrenz im Ofensetzgewerbe werde begünstigt durch die Krise und nicht zuletzt auch durch den Lohnabbau; viele Ofensetzer machen sich in solchen unsicheren Zeiten „selbständig" und drücken dann in ganz unerhörter Weise auf die Preise. Durch egoistische Triebkräfte, ebenfalls genährt durch die schlechte Wirtschaftslage, werde leider hin und wieder auch das allgemeine Interesse der Arbeiter durch die eigenen Kollegen geschädigt, so in Berlin durch die Beseitigung des obligatorischen Arbeitsnachweises im Ofensetzgewerbe. Die weitere Verkürzung der täglichen Arbeitszeit im Baugewerbe müsse auch fernerhin ganz energisch angestrebt werden. Für den Reichsarbeitsminister hatte keiner der Redner irgendeine Schmeichelei übrig; von seinem feierlichen Versprechen, keiner zweiten Lohnabbauwelle mehr stattzugeben, sei nichts mehr zu verspüren, die Feindschaft der Regierung gegen die „hohen" Bauarbeiterlöhne, ihre Aeußerungen, es sei keine Wohnungsnot mehr vorhanden, wurden als geradezu arbeiterfeindlich und vollkommen wirklichkeitsfremd gekennzeichnet. In vielen Gegenden Deutschlands sei das Wohnungselend geradezu ungeheuerlich. Die vielfach noch vorhandenen Elendsquartiere, dumpfe Löcher, in denen schlecht bezahlte Arbeiter und ihre Familien zusammengepfercht dahinvegetieren, scheinen der Regierung unbekannt zu sein. In der Frage der energischen Abwehr aller Angriffe der Unternehmer auf die Lohn- und Tarifpositionen der Kollegen ergab sich vollkommene Einmütigkeit. Der Bundesvorsitzende, Kollege Bernhard, der sich ebenfalls an der Aussprache beteiligte, erläuterte die internationalen Wirtschaftsverflechtungen und das Mißtrauen anderer Länder Deutschland gegenüber, was die internationale Wirtschaftsverständigung erschwere, obwohl eine solche Verständigung die einzige Möglichkeit

Lehrlingsrecht

Für Jugendleiter, Gesellenausschußmitglieder und Funktionäre, die in Lehrlingsfragen tätig sind, ist eine neue Schrift „Lehrlingsrecht nach der Rechtsprechung" herausgegeben worden. Sie ist in den Baugewerkschaften erhältlich. Wer außerhalb des Kreises der Mitarbeiter in den Jugendabteilungen steht, kann die Schrift zum Preis von 60 Pfennig je Stück in den Baugewerkschaften bekommen. Nichtmitglieder zahlen 1,20 Mark je Stück.

biete zur Abschwächung und Heilung der Weltwirtschaftskrise. In der Frage der Arbeitsbeschaffung habe der Bundesvorstand bisher sein Menschenmöglichstes geleistet. Er werde in diesem Streben auch künftig nicht erlahmen. Die dritte Notverordnung bieten allerdings neuer Hoffnung wenig Raum. Unter solchen Umständen hält es äußerst schwer, die tariflichen und sozialen Positionen der Arbeiterschaft zu halten, zumal auch die Reichsregierung den Rattenfängertönen der wirtschaftlichen Scharfmacher viel zu sehr Gehör schenkt und ihnen zu folgen bemüht ist. Natürlich werden die Gewerkschaften auch im beengten Raum der Wirtschaftskrise und gesteigerten Reaktion alles tun, um die Positionen der Arbeiterschaft zu halten. Auch die künftigen politischen Machtverhältnisse sind noch sehr undurchsichtig. Jedenfalls aber werden die Gewerkschaften, sollte es zu von der Reaktion provozierten Machtkämpfen kommen, als geeinter Wall ihren zahlreichen Gegnern die Spitze zu bieten verstehen. Das Gebot dieser schweren Zeit müsse für uns jetzt sein unbedingte gewerkschaftliche Ueberzeugungstreue und Einigkeit!

Nach einem aufrüttelnden Schlußwort des Kollegen Lother, worin er dazu anfeuerte, trotz schwerer Wirtschaftsnot der Organisation die Treue zu halten und stets dessen eingedenk zu sein, daß eine Gewerkschaft auch eine Notgemeinschaft darstellt, wurde dann der neue Reichsfachgruppenobmann gewählt. Einleitend bemerkte hierzu Kollege Lother, daß er selbst für eine Neuwahl nicht in Frage komme; er sei gewillt, von seinem Amt zurückzutreten. Im Einvernehmen mit dem Bundesvorstand schlage er als seinen Nachfolger den Kollegen Gustav Wandelt in Dresden vor. Es stehe selbstverständlich der Konferenz frei, auch andere Vorschläge für dieses Amt zu machen. Nach längerer Debatte wurde von der Berliner Delegation noch der Kollege Dreher als Reichsfachgruppenobmann vorgeschlagen. In geheimer Abstimmung wurde dann mit 23 gegen 8 Stimmen, die sich auf den Kollegen Dreher vereinigt hatten, Kollege Wandelt als Reichsfachgruppenobmann der Töpfer und Fliesenleger gewählt. Kollege Wandelt dankte für das ihm durch die Wahl bezeugte Vertrauen, bat um allseitige Mitarbeit und versprach, nach Kräften für die Interessen der Töpfer und Fliesenleger wirken zu wollen. Während des Wahlaktes hatte Kollege Rebeshy das auf der Konferenz ausgestellte Uebungsmaterial der Lehrlinge des Töpfergewerbes näher erläutert und seine fleißige Anwendung an den Uebungsabenden empfohlen. Auch empfahl er, die Bestrebungen der heizztechnischen Kommissionen besser als bisher zu unterstützen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Der Kollege Kemnitz dankte im Namen der Töpfer und Fliesenleger dem Kollegen Moritz Lother für seine bewährte, jahrzehntelange Tätigkeit in der Töpfer- und in den letzten Jahren auch in der Fliesenlegerbewegung. Seit frühester Jugend hat der Kollege Lother als überzeugungstreuer Arbeiter gewirkt und später die ihm von der Arbeiterschaft übertragenen Aemter stets mit Fleiß und Sachlichkeit ausgeübt. Dafür herzlichen Dank! Der Kollege Bernhard schloß sich dieser Anerkennung im Namen des Bundesvorstandes an. Auch er dankte in herzlichen Worten dem Kollegen Lother für seine Tätigkeit und wünschte ihm zum Schluß einen gesunden, geruhsamen Lebensabend. Dem Kollegen Wandelt wünschte er viel Glück in seinem neuen Amte. (Lebhafter Beifall).

Im Schlußwort dankte Kollege Lother für die Dankesbezeigungen. Er scheide von seinem Amt mit einer gewissen Wehmut im Herzen. Aber der neue Obmann werde gleich ihm seine Pflicht erfüllen und alles daransetzen, die Fachgruppe trotz schlechter Zeiten gefestigt und lebensfähig zu erhalten. Tue jeder seine Pflicht, dann werde es auch künftig vorwärts gehen bis zum endlichen Siege der Arbeiterbewegung. (Lebhaftes Bravo!)

Damit war die Arbeit der Konferenz erledigt. Sie schloß mit einem dreifachen und lebhaft ausgebrachten Hoch auf den Deutschen Baugewerksbund und die Fachgruppe der Töpfer und Fliesenleger.

Verbandstag der Bauarbeiter der Tschechoslowakei.

Großer Mühe hat es bedurft, um die durch die kommunistische und nationale Zersplitterung auseinandergerissenen und auf den Hund gebrachten Organisationen der Bauarbeiter in der Tschechoslowakei wieder auf die Beine zu bringen und zu einem Ganzen zu vereinen. Doch es gelang. Und nunmehr kann man sagen, daß die Wiedervereinigung für die Bauarbeiterbewegung in der Tschechoslowakei zu einem großen Vorteil ausgeschlagen ist. Die geeinte Organisation nennt sich heute: Verband der Arbeiter in der Bau-, Stein- und Keramindustrie in der Tschechoslowakei. Auf dem ersten Verbandstag der auf diese Weise zusammengeschlossenen Organisationen vom 28. bis zum 30. September in Brünn galt es, zunächst Rückschau zu halten über die Erfolge dieser Vereinigung. Diese Erfolge können sich sehen lassen. Aus etwa 10 000 Mitgliedern, die sich vor 3 Jahren zur Einheitsorganisation zusammengeschlossen haben, sind heute rund 30 000 geworden. Dieser schöne Mitgliederzuwachs erstreckt sich gleichmäßig auf die tschechischen, die slowakischen und die deutschen Gebiete in der Tschechoslowakei. Die Kassenverhältnisse der neuen Organisation haben sich, obwohl für Unterstützungen verschiedenster Art ansehnliche Summen ausgegeben worden sind, ebenfalls zufriedenstellend gestaltet. Auch in der Lohnpolitik konnte der Verband in den letzten 3 Jahren bedeutende Erfolge buchen, obgleich ihm die Kommunisten und Christlich-Sozialen verschiedentlich in die Suppe zu spucken versuchten. Noch in den Jahren 1928 und 1929 konnten bei allen Lohnbewegungen nennenswerte Lohnerhöhungen erzielt werden; jedoch im Jahre 1930 mußte sich die Organisation gleich den deutschen baugewerblichen Arbeiterorganisationen darauf beschränken, das Errungene zu halten. Und im Jahre 1931 versuchten es die Unternehmer des Baugewerbes in der Tschechoslowakei ihren deutschen Berufskollegen gleich zu tun. Auch in diesem Lande ging man mit dem berüchtigten Lohnabbau vor, wobei die Unternehmer selbstverständlich auf den entschiedenen Widerstand der Organisation stießen. Bemerkt sei, daß die Baukonjunktur in der Tschechoslowakei, obwohl ebenfalls abgeflaut, dennoch gegenüber den jämmerlichen Verhältnissen in Deutschland als zufriedenstellend bezeichnet werden kann. Was die Zukunft in dieser Richtung bringen wird, liegt allerdings noch in ihrem Schoße begraben...

Kurz sei berichtet über den Verlauf des Verbandstages. Auswärtige Gäste waren erschienen aus Deutschland, Oesterreich und Holland. Die Bauarbeiterinternationale war durch Georg Käppler vertreten. Der Rechenschaftsbericht des Vorstandes fand im allgemeinen eine günstige Aufnahme. Zu bemängeln wäre die überaus schlechte deutsche Uebersetzung des Rechenschaftsberichts; sie wurde auch von einigen deutschen Delegierten moniert. Für die Verhandlungen selbst kommt als erschwerend in Betracht, daß sie stets in zwei Sprachen geführt werden müssen, also bei jeder Rede eine Uebersetzung notwendig ist. Trotzdem konnten die Verhandlungen in drei Tagen erledigt werden. Der Verbandstag beschäftigte sich mit dem Rechenschaftsbericht nur wenig, er sprach dem Vorstand das Vertrauen aus und beschäftigte sich dann mit den übrigen wichtigen Punkten der Tagesordnung. Erwähnt seien die von guter Sachkenntnis getragenen Vorträge des Kollegen Franz Müller über „Wirtschaftsfragen im Baugewerbe" und der Vortrag des Kollegen Vaclav Slach über „sozialpolitische Gesetzgebung und Bauarbeiterschutz".

Den größten Teil der Beratungen nahmen allerdings in Anspruch die Satzungsänderungen. Hierzu waren unzählige Anträge gestellt; jedoch kann festgestellt werden, daß die Anträge des Verbandsvorstandes den Vorrang behielten und mit wenigen Aenderungen angenommen wurden. Die Verbandsbeiträge wurden etwas erhöht und die Unterstützungen entsprechend aufgebessert. Allerdings kam es bei der Beratung der Anträge und dem Bericht der Kommission zu mancherlei Zusammenstößen, die unseres Erachtens vor allem dadurch verursacht wurden, daß die Referenten der Satzungskommission nicht in genügender Weise die Anträge dieser Kommission begründeten. Dadurch kam es mehrfach zu Irrtümern und lebhaften Zusammenstößen; jedoch glätteten sich in jedem Falle die aufgeregten Wogen wieder sehr schnell und die Beratungen nahmen dann in ruhiger Weise ihren Fortgang. Aus den Debatten sei auch hervorgehoben, daß die Zimmerer der Tschechoslowakei aufgefordert wurden, sich ebenfalls dem Einheitsverbande anzuschließen. Dies wurde im Interesse der Einheitlichkeit und der Stoßkraft der Organisation ebenso dringend wie lebhaft gewünscht. Bei der Wahl des Verbandsvorstandes schied der bisherige Obmann der Organisation, Karl Tetenka, wegen Altersrücksichten aus. An seiner Stelle wurde der bisherige Bezirksleiter für den Bezirk Brünn, Josef Jacharda, als Obmann des Verbandes eingesetzt; als sein Stellvertreter wirkt Franz Müller. Dem ausscheidenden Obmann Karl Tetenka wurde für seine bisherige Tätigkeit in der tschechoslowakischen Bauarbeiterbewegung gedankt und ihm ein angenehmer Lebensabend gewünscht.

Am späten Abend des dritten Verhandlungstages konnte dann der Verbandstag geschlossen werden. Man konnte den Eindruck von dieser Tagung mit hinwegnehmen, daß die tschechoslowakische Bauarbeiterorganisation die durch die kommunistische Störung verursachte Zersplitterung und die daraus resultierende Krise überwunden hat. Es ist zu hoffen, daß die Bewegung auch weiterhin noch mehr erstarken und ein gutes Bollwerk darstellen wird gegen das baugewerbliche Unternehmertum. Das ist auch für unsere Kollegen in Deutschland von großer Wichtigkeit. Dem neuen Verbandsobmann der Organisation dessen ruhigen und überlegenden Charakter wir das Glück hatten kennenzulernen, wünschen wir in seinem wichtigen und verantwortungsvollen Amt gute Zukunftserfolge!

Aus der Sozialgesetzgebung

Aenderungen in der Arbeitslosenversicherung.

Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931 ist wiederum das Gesetz über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung geändert worden. Wie wir im „Grundstein" Nr. 42 ausgeführt haben, enthalten die neuen Aenderungen gegenüber der Notverordnung vom 5. Juni 1931 einige Milderungen. Jedoch bringen die neueren Aenderungen auch manche Verschlechterung. In den §§ 74 und 74a und b des AVAVG. waren bisher die Bestimmungen über die Versicherungsfreiheit der Lehrlinge, für die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen sowie für solche Versicherten, die volksschulpflichtig sind, geregelt. Nun ist ein neuer § 74c eingeführt worden, der die Versicherungsfreiheit auch dann eintreten läßt, wenn Versicherte bei Abkömmlingen oder deren Ehegatten oder bei Stief- und Pflegekindern beschäftigt werden. — Die Notverordnung vom 5. Juni 1931 änderte in dem § 87 den Absatz 2, der bestimmte, daß Arbeitslose, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, einen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nur dann haben sollten, wenn ihnen kein rechtlicher Unterhaltsanspruch zusteht, dahin ab, daß diese Bestimmung vom 21. Lebensjahr gelten sollte. Diese Bestimmung ist durch die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 gesetzlich verankert und dahingehend geändert worden. daß jetzt Arbeitslose, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dann Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, wenn der erforderliche Lebensunterhalt nicht durch einen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch gewährleistet ist. Durch diese Fassung ist nun im § 87 Absatz 2 klar ausgesprochen worden, daß der Unterhaltsanspruch tatsächlich gewährleistet sein muß. Zu der Frage, wann ein familienrechtlicher Unterhaltsanspruch für den erforderlichen Lebensunterhalt gewährleistet ist, hat der Spruchsenat in einer Entscheidung vom 19. Dezember 1930 — Aktenzeichen IIIa A r. 467/30, RABl. 1931 S. IV/84 — Stellung genommen und den Grundsatz aufgestellt, daß der § 87 Absatz 2 bei Jugendlichen unter 21 Jahren keine Anwendung findet, wenn die den Eltern zur Verfügung stehenden Mittel zur Bestreitung des gemeinsamen notdürftigen Unterhalts nicht ausreichen und andere Unterhaltspflichtige nicht vorhanden sind. Mit der Vollendung des 21. Lebensjahres tritt, wenn die übrigen Voraussetzungen erfüllt sind, die Unterstützungsberechtigung ein, und zwar auch dann, wenn die Arbeitslosigkeit schon früher bestanden hat und der Unterstützungsantrag wegen der Altersgrenze abgelehnt wurde.

Durch die Einführung des neuen § 89b kann Arbeitslosenunterstützung durch den Vorsitzenden des Landesarbeitsamtes an solche Arbeitslose gewährt werden, die vorübergehend entlassen werden oder vorübergehend aussetzen. Voraussetzung ist, daß in dem Betriebe mit dem Betriebsrat eine Vereinbarung geschlossen ist, nach der im regelmäßigen Wechsel ein Teil der Belegschaft aussetzen muß. Diese Anordnung darf nur erlassen werden, wenn die Belegschaft nicht in größeren als monatlichen Zeitabschnitten auswechselt und die während der Regelung im Betrieb arbeitende Belegschaft ohne Berücksichtigung des jeweils ausgeschiedenen Teils nicht wesentlich geringer ist als die durchschnittliche Belegschaft der letzten Zeit. Der § 89b soll zur Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen und den durch die Wechselschicht ausgeschiedenen Arbeitern, auch dann, wenn sie sonst nicht als arbeitslos anzusehen sind, beim Vorliegen der übrigen Voraussetzungen Arbeitslosenunterstützung gewähren. Die Höhe der Unterstützung darf die Hälfte des sonst zuständigen Betrages nicht überschreiten. Von einer Wartezeit (§§ 110, 110b) kann abgesehen werden. Durch den Absatz 2 wird bestimmt, daß der Anspruch auf Kurzarbeiterunterstützung dann nicht besteht. Nach Absatz 3 ist der Vorsitzende des Landesarbeitsamtes berechtigt, seine Befugnisse aus Absatz 1 auf den Vorsitzenden des Arbeitsamtes zu übertragen. Gegen die Anordnungen nach Absatz 1 ist kein Rechtsmittel gegeben. Im übrigen kann der Präsident der Reichsanstalt besondere Durchführungsbestimmungen erlassen. — Die Bestimmungen des § 93c Absatz 1 sind klarer gefaßt worden, und zwar darf die Unterstützung nur entzogen werden, wenn bestimmte Tatsachen nachgewiesen sind, aus denen sich ergibt, daß der Arbeitslose durch sein Verhalten tatsächlich den Verlust seiner Stellung herbeigeführt hat. — Der § 101a wird gestrichen, und zwar regelt der neu eingefügte § 107a die berufsübliche Arbeitslosigkeit. In dem § 105 Absatz 2 wird die frühere Fassung dadurch wieder hergestellt, daß bei der Berechnung der Lohnklassen nicht mehr das Arbeitsentgelt, das der Arbeitslose im Durchschnitt der letzten 13 Wochen hatte, sondern nun wieder der Durchschnitt der letzten 26 Wochen zugrunde gelegt wird. Ist das Arbeitsentgelt nach Monaten bemessen, dann kommt nicht mehr der Durchschnitt der letzten drei Monate, sondern der Durchschnitt der letzten sechs Monate in Betracht. Die übrigen Bestimmungen, die die Berechnung des Arbeitsverhältnisses bei verkürzter Arbeitszeit regelten, also die Sätze 3 bis 5, sind gestrichen worden.

In dem § 107a war bisher bestimmt worden, daß Arbeitslose, die zu den Saisonberufen zählen, also eine sogenannte berufsübliche Arbeitslosigkeit durchzumachen haben, Unterstützung nur nach den jeweiligen Lohnklassen der Krisenfürsorge (§ 101) erhalten sollten. Durch die neue Fassung des § 107a erhalten die Saisonarbeiter, bei denen eine regelmäßig wiederkehrende Arbeitslosigkeit berufsüblich ist, die Unterstützung nach den jeweiligen Lohnklassen der Krisenfürsorge nur während der berufsüblichen Arbeitslosigkeit. War bisher für die Bauarbeiter, die ja insbesondere unter diese Sonderbestimmung fielen, allgemein der Unterstützungssatz nach der Krisenfürsorge berechnet, so erhalten sie die Sätze nach der Krisenfürsorge jetzt nur noch während der berufsüblichen Arbeitslosigkeit, deren Beginn und Ende durch den Verwaltungsrat der Reichsanstalt bestimmt wird. Die Bestimmung des § 107a wirkt sich praktisch so aus, daß bis zum 28. März 1932 die Bauarbeiter die Unterstützung auch noch weiter aus der Krisenfürsorge erhalten, weil der Verwaltungsrat der Reichsanstalt das Ende der berufsüblichen Arbeitslosigkeit wahrscheinlich bis zu diesem Zeitraum festsetzen wird. Bei der Unterstützungshöhe in der Krisenfürsorge ist der Erlaß über Personenkreis und Dauer der Krisenfürsorge vom 11. Oktober 1930 zu beachten. — In dem § 109 Absatz 2 wird bestimmt, daß die Arbeitslosenunterstützung bis zu einem Drittel ihres Betrages in Sachleistungen (Nahrungsmittel usw.) gewährt werden kann. Dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes wird es überlassen, zu bestimmen, mit welchem Geldbetrag die Sachleistungen zu bewerten sind. Durch diese Bestimmung wird dem Arbeitsamtsvorsitzenden eine bedeutende Macht in die Hand gegeben, weil seine Entscheidung endgültig ist. — Der § 112a wird in seinem Absatz 2 Nr. 4 dahin geändert, daß bei der Anrechnung von Renten und Beihilfen, die den Beschädigten und Hinterbliebenen auf Grund einer Kriegsbeschädigung nach dem Reichsversorgungsgesetz gewährt werden, anstatt bisher 15 ℳ 25 ℳ im Monat angerechnet werden können. Von den in dem § 112 Absatz 1 Nr. 1 und 2 genannten Renten, das sind die Renten auf Grund der Reichsversicherungsordnung, des Reichsknappschaftsgesetzes, des Angestelltenversicherungsgesetzes sowie des Altrentnergesetzes, des Kriegspersonenschädengesetzes, des Wehrmachtversorgungsgesetzes usw. kann ein Betrag bis zu 15 ℳ im Monat angerechnet werden.

Die Bestimmung im § 113 AVAVG. Absatz 2 Satz 3, wonach über Streitigkeiten über die Erstattung von Arbeitslosenunterstützung unter Ausschluß des Rechtsweges der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes entscheidet, ist gestrichen worden. — Die Aenderungen des § 128 Absatz 2 Satz 1 und des § 129 Absatz 1 beziehen sich auf die Entrichtung der Beiträge zur Sozialversicherung. Der § 129 regelt insbesondere die Beitragsentrichtung, die zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft nach der Invalidenversicherung erforderlich ist. An Stelle des Satzes 3 in Absatz 1 des § 129 gelten die Beiträge, die nach Satz 1 und 2 zu entrichten sind, als Pflichtbeiträge, d. h. also, daß die Arbeitsämter auf alle Fälle für die Aufrechterhaltung der Anwartschaft in der Invalidenversicherung verpflichtet sind. Nach dieser neueren Bestimmung können die Beiträge auch nachentrichtet werden, und zwar auch dann, wenn die für die Nachentrichtung vorgesehenen Fristen verstrichen sind. Siehe dazu auch den Aufsatz „Sichert eure Rechte in der Invalidenversicherung" in Nr. 42 des „Grundstein". Diese neue Bestimmung will insbesondere verhüten, daß Arbeitslose ihrer Anwartschaft nach § 1280 RVO. verlustig gehen. — Durch die Bestimmung des § 139a ist der Reichsanstalt zur Pflicht gemacht worden, den freiwilligen Arbeitsdienst zu fördern. Die Bestimmung des Absatzes 8 Satz 2 wird nun dahin erweitert, daß hinter dem Wort „Eigenheim" die Worte „als Beitrag zu den Kosten einer Siedlungsschule" eingefügt worden sind. Nach dieser Bestimmung soll der für den freiwilligen Arbeitsdienst gutgeschriebene Betrag nunmehr auch für den Besuch oder der Errichtung einer Siedlerschule aufgewendet werden dürfen.

§ 175 Absatz 4 ist gestrichen worden. In diesem Paragraphen war dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes die Berechtigung erteilt, bei gewissem Anlaß anzuordnen, daß ein angemessener Teil der Arbeitslosenunterstützung zur Begleichung der Miete des Arbeitslosen an den Hausbesitzer ausgezahlt werden sollte.

Durch die Einfügung eines Absatzes 3 in den § 172 wird den Gemeinden und Gemeindeverbänden zur Pflicht gemacht, bei der Prüfung der Bedürftigkeitsfrage, die für gewisse Unterstützungen vorgesehen ist, mitzuwirken. Die Gemeinden müssen sich jetzt in allen Fällen vor der Bewilligung der Unterstützungen, die von der Bedürftigkeit des Arbeitslosen abhängig gemacht werden, über die Bedürftigkeit des betreffenden Arbeitslosen geäußert haben.

Durch die Einfügung eines § 181b sind die Vorsitzenden der Spruchkammern sowie die Spruchkammern selbst bei der Beurteilung der Bedürftigkeit, und zwar soweit die Unterstützung von der Bedürftigkeit des Arbeitslosen abhängig gemacht wird, an die Entscheidung des Spruchausschusses gebunden. Diese Bestimmung wird praktisch bedeuten, daß bei Streitigkeiten die Spruchkammern in der Entscheidung über die Frage der Bedürftigkeit an die Auffassung der Spruchausschüsse gebunden sind. Wenn der Spruchausschuß in einer Streitfrage die Bedürftigkeit des Arbeitslosen nicht anerkannt hat, so kann nunmehr nach § 181b die Spruchkammer keine andere Entscheidung fällen. Damit ist dem Spruchausschuß des Arbeitsamtes eine wichtige Funktion zugeteilt worden. — Hinsichtlich der Krisenfürsorge wird bestimmt, daß die durch die Notverordnung vom 5. Juni d. J. eingeführte Rückerstattungspflicht durch Streichung des § 101a wieder beseitigt wird. — Im § 89a (Begriff der Arbeitslosigkeit) wurde erneut eine Aenderung vorgenommen, die nunmehr die Möglichkeit gibt, auch bei nur teilweisem Unterhaltserwerb den Unterstützungsanspruch ganz auszuschließen. — Diese Vorschriften über die Aenderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes sind mit Ausnahme des § 107a am 12. Oktober in Kraft getreten. Sie erfassen auch laufende Unterstützungsfälle. Soweit bei laufenden Unterstützungsfällen entsprechend der neuen Aenderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes andere Unterstützungen berechnet wurden, dürfen die bisherigen Unterstützungen noch bis zum 7. November 1931 weiter gezahlt werden. Der § 107a, der die Unterstützung der Saisonarbeiter regelt, tritt erst am 28. März 1932 in Kraft. Das ist der Tag, an dem die berufsübliche Arbeitslosigkeit nach Absatz 2 des § 107a im Jahre 1932 enden wird. Der § 129 soll auch für Unterstützungsfälle angewendet werden, die vor dem Inkrafttreten der neuen Aenderung eingetreten sind.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 28. September 1931.

Von den Bundesmitgliedern waren am Feststellungstage arbeitslos

Bezirksverband	Berichtende Baugewerkschaften	Mitgliederzahl am Wochenschluß	Maurer	Feuerungs- und Schornsteinmaurer u. Helfer	Poliere, Schachtmeister	Zementfacharbeiter	Zementarbeiter, Flechter, Bieger	Dachdecker und Hilfsarbeiter	Stuckgruppe und Hilfsarbeiter	Glaser	Ofenformer	Ofensetzer	Scheibentöpfer	Steinzeugarbeiter	Töpfereihilfsarbeiter	Fliesenleger	Isolierer und Helfer	Steinholzleger und Helfer	Kunststein-, Zementwaren-, Terrazzoarbeiter	Asphaltierer	Pfahlrammer	Leitergerüstbauer	Bauhilfsarbeiter	Jugendliche Hilfsarbeiter	Erdarbeiter	Abstecker bei Erdarbeit	Mineure	Rohrleger	Brunnenbauer	Lehrlinge	Weibliche Mitglieder	insgesamt	vom Hundert der Mitgliederzahl 28.9.	21.9.
Königsberg	7	15760	4120	4	144	47	63	86	81	10	4	256	—	—	19	23	10	—	86	12	—	12	3362	22	1148	22	—	27	12	272	8	9850	62,5	60,0
Danzig	1	3693	722	—	2	6	4	50	17	—	—	4	—	—	—	6	—	—	—	—	—	—	710	10	430	—	—	—	—	14	—	1975	53,5	53,3
Stettin	61	15314	5003	16	37	23	41	85	98	12	10	158	—	—	32	16	14	—	—	—	—	—	2339	1	823	—	—	6	—	150	7	8871	57,9	57,5
Breslau	41	38106	10935	32	266	205	50	184	63	47	176	394	73	164	185	55	34	6	43	—	—	—	7759	39	1361	—	—	1	2	854	45	22973	60,3	58,6
Berlin	60	51889	16650	51	164	223	353	403	1128	400	181	631	11	26	134	373	199	56	25	324	—	—	10317	—	1052	—	—	3	58	491	16	33269	64,1	63,8
Magdeburg	42	28104	11402	12	77	24	18	257	57	101	40	144	81	—	31	27	73	—	13	—	—	5	3437	3	481	—	—	—	—	518	—	16801	59,8	58,1
Erfurt	34	18875	9135	50	112	72	12	150	133	193	11	93	2	—	15	26	32	2	24	—	—	—	3602	—	237	—	11	4	3	809	2	14730	78,0	77,1
Frankfurt	17	31031	11498	57	131	259	270	448	880	85	2	24	1	2	2	147	75	30	18	15	—	23	7946	261	1591	80	—	13	—	599	—	24457	78,8	77,3
Köln	12	16521	4221	49	127	263	380	463	1405	61	—	26	3	—	—	217	70	29	289	92	—	5	4206	142	747	2	—	2	1	237	—	13037	78,9	76,9
Dortmund	14	17371	5614	108	136	163	244	452	621	3	4	30	—	—	1	291	216	12	55	73	—	7	4023	287	1305	—	—	3	—	484	—	14132	81,4	80,3
Hannover	39	28119	10604	31	142	90	55	434	147	63	6	45	5	83	6	45	49	11	82	57	4	10	4409	6	870	6	—	5	1	537	1	17804	63,3	61,6
Bremen	31	14194	4556	19	78	51	252	193	69	22	4	12	2	—	3	51	48	4	1	1	6	—	3350	—	1205	—	—	5	4	202	—	10138	71,4	70,0
Hamburg	45	31365	8819	61	89	345	392	217	416	193	17	118	1	—	3	207	112	35	142	51	66	—	5013	—	2522	71	—	2	59	177	—	19128	61,0	59,3
Rostock	60	8323	2347	6	24	—	—	85	4	6	12	26	—	—	9	6	—	1	4	—	—	—	1406	—	299	—	—	—	4	91	—	4330	52,0	50,4
Dresden	31	60755	20884	45	385	354	130	629	265	501	308	578	30	—	83	109	101	72	13	103	—	2	15065	2	923	—	3	1	14	786	16	41402	68,1	66,5
Nürnberg	29	16662	4192	65	32	42	30	86	673	26	177	37	—	2	29	64	20	7	—	14	—	—	4346	6	256	60	5	7	3	239	1	10419	62,5	60,8
München	27	12117	3341	9	52	31	23	66	214	48	4	93	1	8	9	54	25	8	5	22	3	11	3746	22	325	86	6	9	1	152	—	8374	69,1	67,8
Stuttgart	14	8619	2127	19	16	99	28	21	1155	—	—	4	—	—	—	49	18	20	82	1	—	—	1595	90	666	—	—	—	—	107	—	6097	70,7	68,4
Karlsruhe	10	14436	5215	66	134	127	97	43	908	42	20	12	—	55	—	94	55	3	24	7	—	8	2727	195	380	21	6	3	1	222	—	10465	72,5	70,6
Zusammen	575	431254	141385	700	2148	2424	2442	4352	8334	1813	976	2685	210	340	561	1860	1151	296	906	772	79	83	89358	1086	16621	348	31	91	163	6941	96	288252	66,84	—
Vorige Woche	575	433074	138849	659	2054	2294	2522	4284	8093	1775	958	2742	198	330	522	1657	1153	289	906	748	76	73	88326	1084	16469	320	31	97	157	6588	92	283346	—	65,43

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter. Gegenüber dem vorhergehenden Berichtsmonat haben wir im Reichsdurchschnitt eine Zunahme von 62,76 % auf 66,84 %. Am 29. September 1930 betrug der Reichsdurchschnitt 39,86 %. Gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahre haben wir also noch eine um über 26,98 % höhere Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit stieg in den Bezirksverbänden Königsberg von 52,3 auf 62,5 %, Stettin von 53,8 auf 57,9 %, Breslau von 58,8 auf 60,3 %, Berlin von 62,3 auf 64,1 %, Magdeburg von 56,6 auf 59,8 %, Erfurt von 74,6 auf 78 %, Frankfurt von 72,5 auf 78,8 %, Köln von 74,6 auf 78,9 %, Dortmund von 80,1 auf 81,4 %, Hannover von 58 auf 63,3 %, Bremen von 66,2 auf 71,4 %, Hamburg von 56,6 auf 61 %, Rostock von 50,8 auf 52 %, Dresden von 63,6 auf 68.1 %, Nürnberg von 57 auf 62,5 %, München von 66 auf 69,1 %, Stuttgart von 60,4 auf 70,7 % und Karlsruhe von 66,4 auf 72,5 %. Ueber dem Reichsdurchschnitt stehen die Bezirksverbände Erfurt, Frankfurt, Köln, Dortmund, Bremen, Dresden, München, Stuttgart und Karlsruhe; unter ihm stehen die Bezirksverbände Königsberg, Stettin, Breslau, Berlin, Magdeburg, Hannover, Hamburg, Rostock, Nürnberg und Danzig. Die Spanne zwischen der höchsten und der niedrigsten Arbeitslosenziffer beträgt 29,4 %. Von den Hauptberufsgruppen sind bei den Maurern 73,6 % (Vormonat 69 %), bei den Bauhilfsarbeitern 73,5 % (66,7), bei den Tiefbauarbeitern 64,3 % (55,6) arbeitslos.

BUNDES-TRIBÜNE

ERFÜLLT DIE JUGEND IHRE GEWERKSCHAFTLICHE PFLICHT?

Nach den Einsendungen zu urteilen, ist „alles in Butter". Klagen über die Jugend wurden nur wenig geführt. Die meisten Einsender begnügten sich mit der Kennzeichnung der Lage und zeigten die Ursachen auf, weshalb viele von der jungen Generation nicht bei uns stehen. Man gestatte aber der Schriftleitung die Feststellung: Die Jugendfrage ist nicht geklärt worden. Nach der Altersstatistik unseres Bundes standen Ende 1928 34 774 Mitglieder im Alter von 14 bis 18 Jahren. Im Alter von 18 bis 25 Jahren standen 99 635 Mitglieder. Im Alter von 14 bis 25 Jahren befanden sich Ende 1928 also beinahe ein Drittel (29,5 %) der Bundesmitglieder. Diese Zahl kann sich heute etwas verändert haben. Der Unterschied wird aber nicht groß sein. Wie viele von denen, die im Alter von 14 bis 25 Jahren stehen, haben wir nun innerlich erfaßt? Wie viele von ihnen sind außer Beitragszahlern und „Grundstein"-Empfängern noch tätige Gewerkschafter? Jugendabteilungen haben wir in sehr vielen Orten. In manchen klappt es zwar noch nicht so recht. Doch immerhin, es geht. Aber in den Jugendabteilungen erfassen wir durchweg nur Kollegen im Alter von etwa 14 bis 18 Jahren. Wo bleibt die junge Generation? Wo bleiben die 18- bis 25jährigen? Haben wir sie bei uns oder stecken sie im anderen Lager? Auf diese Frage gibt es keine bestimmte Antwort, weil man keine Feststellungen treffen kann. Aber gemessen an der Zahl der jungen Mitglieder in unserer Bewegung muß gesagt werden: Wir haben zwar junge Beitragszahler, aber wir haben noch keine jungen Gewerkschafter in genügender Zahl. Genau so wenig, wie die Jugend in den Jugendabteilungen aus sich heraus alles allein zu gestalten vermag, und deshalb ältere Kollegen mitwirken müssen, ebensowenig kann es die junge Generation im allgemeinen. Die Gesamtmitgliedschaft im Bunde muß mitwirken, um die jungen Beitragszahler innerlich mit dem Bunde zu verbinden. So wie die Jugendarbeit mit ihrer Jugendzeitung, ihren Bauabendbüchern und Veranstaltungen eine Angelegenheit aller Bundesmitglieder geworden ist, muß auch die innerliche Erfassung der jungen Generation für alle selbstverständlich werden. In den folgenden Zuschriften sind Anregungen über die Art der Erfassung sowie die Schwierigkeiten aufgezählt, die sich ihr entgegenstellen. Es wird noch mehr Schwierigkeiten geben, man wird auch nicht überall alles reibungslos gestalten können; man widme sich aber dieser Arbeit, denn sie ist wichtig und notwendig für den Bund und für die Arbeiterbewegung!

Welche Jugend ist gemeint?

Mir scheint wir haben in unserer Bewegung nicht nur Jugend und Alter, wir haben auch eine junge Generation. Die Jugend steckt in unsern Jugendabteilungen, ist Lehrling oder jugendlicher Hilfsarbeiter. Das Alter steckt durchweg in den Funktionärstellen der Bewegung, ist Beitragszahler und Versammlungsbesucher. Die junge Generation aber ist in unsern Versammlungen und auch in den Funktionärstellen wenig zu finden. Ich glaube, uns braucht um unsere Jugend nicht bange zu sein. Sie kommt in die Gewerkschaft, erhält ihre Jugendzeitung, bekommt auch Bauabendbücher, hat Veranstaltungen und wird so gut und recht, wie das in der heutigen Zeit möglich ist, fachlich und gewerkschaftlich geschult. Sie hält auch innerlich zur Bewegung, obwohl auch an ihr die Reden nagen, die auf den Baustellen und daheim gehalten werden. Diese Jugend erfüllt ihre gewerkschaftliche Pflicht, zahlt Beiträge und besucht auch ihre Veranstaltungen. Wo aber bleibt die junge Generation, wo bleiben die, die im Alter von etwa 20 bis 25 Jahren stehen? Diese Generation fehlt uns! Die wenigen, die mittun in der Gewerkschaftsbewegung, sind zu zählen. Den anderen muß der Marsch geblasen werden. Sie haben mitzutun! Sportliche und vergnügliche Veranstaltungen müssen sie zugunsten der Bewegung zurückstellen. Ich bin mir bewußt, daß viele bei uns mitwirken würden, wenn sie ein Betätigungsfeld sähen. Wir brauchen aber nicht nur junge Funktionäre, wir brauchen auch junge Mitglieder, die ohne abgegrenzten Wirkungskreis zu jeder Stunde ihren Mann, äußerlich und innerlich, für die Bewegung stehen. Da fehlt es noch! Und mir scheint, das kann nicht nur bereinigt werden, wenn man jungen Kollegen Funktionen in der Bewegung überträgt. Man muß wohl in der Art der Erfassung der jungen Kollegen anders vorgehen. Es genügt nicht nur, Jugendabteilungen zu haben, Schulungsarbeit zu leisten und dann die Kollegen gehen zu lassen, man muß sie auch innerlich mit der Bewegung verbinden. Die Arbeit des Jugendleiters hört nicht auf mit der Beendigung der Lehrzeit. Er hat die junge Generation unter seine Fittiche zu nehmen. Er muß wahrscheinlich in manchen Dingen noch umlernen, er wird vielleicht auch viele Schwierigkeiten haben, aber diese innerliche Erfassung eines jeden einzelnen ist die Aufgabe, die zu erfüllen ist. Wenn dann bei unserer Arbeit vorangestellt wird: Wir wirken in der Gegenwart für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge, und wollen künftig die Herstellung und Verteilung der Güter übernehmen, müssen also nicht nur Gewerkschafter, sondern auch Wirtschafter sein, dann sieht die junge Generation ihre Aufgabe, die sie zu erfüllen suchen wird und auch erfüllt, wie die alte Generation dem Tarifvertrag zum Siege verhalf! Kurt Markus, Hamburg.

Setzt unsere Jugend in den Sattel, reiten wird sie schon können!

Diese Worte rief einmal ein jugendlicher Kollege den älteren zu! Wer den vor einigen Wochen im „Grundstein" erschienenen Aufsatz: „Mehr Raum der Jugend" aufmerksam gelesen hat, wird dem Kollegen Willgeroth recht geben müssen. Ein großer Teil der älteren Kollegen steht leider der Mitarbeit der Jugend kühl und ablehnend gegenüber. Man zeigt den Jugendkollegen die kalte Schulter. Die Jugend aber strebt nach Aktivität und sucht sich deshalb ein anderes Betätigungsfeld. Dabei sollte sich in unseren Gewerkschaften doch die beste Gelegenheit bieten, diesen Drang zur Entfaltung zu bringen! Aber seht euch einmal die Ortsvorstände an. Alle Achtung, daß man in ihnen alte, bewährte Kollegen findet. Doch auch der lebensfrohe junge Tatendrang der Jugend sollte dort zu finden sein. Die gut geführten Jugendabteilungen der Gewerkschaften sollten den Vorständen Vorbild sein. Um ein ersprießliches Zusammenarbeiten mit den älteren, bewährten Kollegen zu gewährleisten, müssen die jungen Kollegen zu Kursen geschickt werden. Bildet sie aus! Gerade in der Werbung können die jungen Kollegen oft recht gute Arbeit leisten.

In den großen und mittleren Städten, wo Jugendabteilungen vorhanden sind, findet der Jugendkollege schon ein Betätigungsfeld. Doch wie ist es in der Kleinstadt oder etwa auf dem flachen Lande? Wo ist hier die Jungkollegenschaft? Achselzuckend wird oftmals das Erscheinen der Jugendkollegen in den Versammlungen begrüßt. Ich rufe allen Kollegen zu: „Legt die Vorurteile ab!" Gebt den Jugendkollegen die soziale Gleichberechtigung, macht sie nicht zu Kollegen zweiter Klasse! Räumt ihnen Plätze in den Vorständen ein. Gebt ihnen Vertrauen, und ihr werdet sehen, euer Vertrauen wird euch nicht enttäuschen. Nehmt euch ein warnendes Beispiel an den Gelben, Faschisten und Kommunisten! Diese Organisationen geben ihrer Jugend hinreichend Raum zur Aktivität und Entfaltung. Die Jugend soll unsere Zukunft sein. Aber wenn einst die Alten Kelle, Hammer und Schlägel aus der Hand legen, dann müssen die Jungen auch soweit gerüstet sein, daß sie das Erbe der Alten antreten können. Weist der Jugend den Weg! Setzt die Jugend in den Sattel! Reiten wird sie schon können!

Ernst Schlosser, Sensburg (Ostpr.).

Erfüllt die Jugend ihre gewerkschaftliche Pflicht?

Diese Frage kann leider nicht ohne weiteres bejaht werden. Zwar haben wir in unseren Bauabenden eine Einrichtung, die man nicht hoch genug bewerten kann, aber sie dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß es uns trotz aller Bemühungen nicht gelingt, die Jugend restlos zu erfassen. Besonders spielt die Begeisterung für den Sport — leider auch für den bürgerlichen — eine große Rolle. Ein weiterer Grund ist für unsere Jugendlichen angeblich die politische Auffassung unserer Führer. Gerade in der heutigen, politisch sehr unruhigen Zeit, wo jeder, aber auch jeder ein Recht zu haben glaubt, über die Führer der Arbeiterbewegung herziehen zu können, ist es nicht verwunderlich, wenn die Jugend ebenfalls von dieser Seuche erfaßt wird und in das Horn der Aelteren bläst. Angeekelt von derartigem Tun tritt dann oftmals das traurige Ergebnis ein: Statt sich über die wirklichen Verhältnisse zu informieren, übt man lieber passive Resistenz oder kehrt sogar der Bewegung ganz den Rücken. Ueber die Bauabende hinaus müssen wir nötigenfalls versuchen, die Jugendlichen der SAJ. oder der Arbeitersportbewegung zuzuführen. Selbstverständlich darf Aufklärung über die ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge nicht vergessen werden. Zu dieser Arbeit bedarf es namentlich der Mitarbeit der älteren Kollegen. Um die, die durch die Schule unserer Bauabende gegangen, brauchen wir uns nicht zu sorgen, sie werden ihren Mann stehen, auch in Zeiten des allgemeinen Niedergangs!

Walter Mohn, Stukkateur, Velbert (Rhld.).

Die Frage kann zugleich mit Ja und mit Nein beantwortet werden. Wenn unsere Jungkollegen ihre gewerkschaftlichen Pflichten nicht so erfüllen, wie es die Alten gerne möchten, so liegt das zu einem gewissen Teil auch an den älteren Kollegen selbst. Die Jugend ist geneigt, sich die Worte und Taten der Aelteren anzueignen. Wer jugendliche Kollegen zur Gewerkschaftsarbeit heranziehen will, dem muß vor allen Dingen Kollegialität auch gegenüber den Jugendlichen strengstes Gebot sein. In den Pausen sind sachliche Aussprachen über den Zweck, die Arbeit und die Errungenschaften der freien Gewerkschaften angebracht und von großer Wichtigkeit. „Wie die Alten sungen, so zwitschern auch die Jungen!"

W. Klinger, Maurer, Greiz.

Keine die Gewerkschaften herabsetzenden Gespräche mehr!

Warum ist die Mitarbeit der Jugendlichen nicht so, wie wir wünschen? Weil die jungen Kollegen in der Gewerkschaftsarbeit nicht ihren gefühlsmäßigen Betätigungsdrang so auslassen können wie auf anderen Gebieten. Bei der Gewerkschaftsarbeit muß Vernunft und Sachlichkeit vorherrschen, während bei der Jugend Gefühl vorherrscht. Es kommt doch nicht von ungefähr, daß die jungen Kollegen sich lieber in der Politik betätigen. Damit kann man natürlich nicht die heutige Abneigung der Jugend gegenüber der Gewerkschaftsarbeit entschuldigen. Die Schuld liegt zum größten Teil bei den älteren Kollegen. — Als ich kurz vor dem Kriege Maurer lernte, da sprach man mit Hochachtung von der Gewerkschaft. Wir jungen Menschen nahmen das begierig auf. Heute, durch Unkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge, die — das muß auch einmal gesagt werden — ein Versäumnis in der Arbeiteraufklärung ist, wird alles maßlos herabgewürdigt. Man schmeißt alles durcheinander und findet sich selber nicht durch. Die jungen Kollegen aber hören heute noch viel besser zu als wir damals. Und es kann niemand verlangen, daß sich die Jugend für etwas begeistern soll, von dem ein Teil der Gesellen — die meistens das Wort führen — nur verächtlich spricht. Ihr älteren Kollegen, lernt erst einmal die Zusammenhänge der Wirtschaft kennen, wovon ja die Gewerkschaftsarbeit abhängig ist, und führt eure Gespräche danach! Ob sich die jungen Kollegen von der Gewerkschaftsarbeit ab- oder ihr zuwenden, hängt von eurem Verhalten ab!

Friedrich Kruse, Jugendleiter, Halberstadt.

Besonders reiche Früchte trägt der Radikalismus durch die Unvernunft eines erheblichen Teils organisierter Kollegen, die ihre falsche väterliche „Erziehungs"methode auf unsere Jugend anwenden möchten. Auch hat Ueberheblichkeitsgefühl der älteren Kollegen zur Folge, daß die Arbeitsfreudigkeit der Jugend in der Organisation herabgedrückt wird. Darum muß jeder ein treuer Freund und Weggenosse der Jugend sein, dem jungen Menschen seine Stellung in Beruf, Wirtschaft und Arbeiterbewegung klarmachen, ihm seine Rechte und Ansprüche im Arbeitsverhältnis, aber auch seine Pflichten gegenüber seiner Klasse zum Bewußtsein bringen.

Willy Blümcke, Quedlinburg a. H.

Um junge Menschen zur Mitarbeit in den Gewerkschaften zu begeistern, bedarf es sozialer Erkenntnis. Man darf sich in der Erziehung nicht nur auf das rein Gewerkschaftliche beschränken. Drei Gesichtspunkte möchte ich herausstellen: 1. In der gewerkschaftlichen Arbeit muß Solidarität geübt werden, d. h. alle müssen daran teilnehmen, auch die Jugend. 2. Die Jugendorganisationen sind keine gute Einrichtung, denn sie trennen Junge und Alte voneinander. 3. Die Jugend muß an den Veränderungen der Technik interessiert werden, denn nur mit dem Wissen um den Fortschritt vermag man sie in den Dienst unserer Sache zu stellen.

Heinrich Besier, Düsseldorf.

Landjugend will praktische Arbeit leisten!

Sagen wir nicht immer, die Jugend vom Lande wolle nicht. In der Stadt ist eher die Möglichkeit zu einem regelmäßigen Zusammensein gegeben, aber das Baugewerkschaftsgebiet auf dem Lande ist oft so groß, daß der Jugendleiter sie nicht alle zusammenbringen kann. Zwar gibt es mehrere Gruppen, und jede hat ihren Obmann. Aber die Obmänner, auf die sich der Jugendleiter verlassen soll, sind oftmals Laumänner. Hinzu kommt, daß Jugendleiter und -obleute leider nicht immer genügend von der Baugewerkschaft unterstützt werden. Auf dem Lande hat man oft kein oder nur wenig Interesse für die Jugend. Es ist fast so, als gönne man der Jugend nicht ihren geistigen Aufstieg. Die Jugend wird anderen Verbänden überlassen, die es mit größter Freude gern besorgen. Unsere Jugend will nichts Bürokratisches vorgesetzt haben; sie sind Bauhandwerker und wollen praktische Arbeit leisten. Hier fehlts, hier muß der Hebel angesetzt werden.

Otto Biermas, Limburg (Lahn).

Gewerkschaftsfunktionäre, hinein in die Sportvereine!

Der größte Teil der Jugend ist in den Sportvereinen zu finden. Dort ist ein erfolgreiches Arbeitsfeld für den Gewerkschaftsfunktionär. Es ist der Jugend immer wieder klarzumachen, daß es die Gewerkschaften sind, die den wirtschaftlichen Unterbau und damit auch die Möglichkeit Sport zu treiben geschaffen haben. — Gewerkschaftliche Funktionärposten müssen auch mit jungen Kollegen besetzt werden. Der junge Gewerkschaftsfunktionär kann seine Altersgenossen viel leichter für die Mitarbeit in den Gewerkschaften gewinnen als die älteren Kollegen.

Georg Wichtermann jr., Schweinfurt.

Gebt der Jugend Gelegenheit zur Mitarbeit . . .

Sehr oft wird gewettert, die jüngeren Kollegen arbeiten zu wenig mit. Das scheint mir darin seine Ursache zu haben, daß den jüngeren Kollegen wenig Gelegenheit zur Mitarbeit gegeben wird. Man sage nicht, den jüngeren Kollegen mangele es an Kenntnissen. Das mag anfänglich der Fall sein; später wird es sich bestimmt bessern. Denn der Mensch wächst mit seinen Aufgaben, die ihm gestellt werden. Darum ihr Aelteren, die ihr mit Aemtern überlastet seid in der Gewerkschaft, in der Partei und Genossenschaft, in der Bauhüttenbewegung und wo es sonst noch sei, und die ihr euch allabendlich von Sitzung zu Sitzung, von Versammlung zu Versammlung schleppt — was ihr doch immer so bitter beklagt! —, macht Platz den jüngeren Kollegen! Dann erfüllen auch sie freudig ihre gewerkschaftliche Pflicht.

Heinr. Schmidt, Maurer, Bremen.

. . . und Verantwortung.

Die Jugend, von Natur aus mit Tatendrang beseelt, vorwärtsstrebend, verlangt nicht nur nach Mitarbeit, will nicht nur „Anweisungen" durchführen, sondern sie will auch verantwortliche Arbeit leisten und nicht nur Objekt der Aelteren sein! Die Aelteren sind auch nicht mit ihrer Erfahrung geboren, sie haben sich ihre Fähigkeiten und ihr Wissen nur durch ihre Tätigkeit aneignen können. Verantwortung, nicht nur Mitverantwortung, macht den Menschen, deshalb gebt der Jugend Verantwortung!

Ernst Faßing, Stadthagen.

Wie stehen wir als Gewerkschafter zu den politischen Vorgängen der letzten Zeit?

Das ist das Thema der nächsten „Bundes-Tribüne". Der Gewerkschafter soll in jeder Hinsicht und im höchsten Maße auch politisch interessiert sein. Da ereignet sich nichts Bedeutungsvolles, das nicht auch für die Gewerkschaften wichtig ist. Daß die National„sozialistische" Partei gleich der Kommunistischen versucht, Gewerkschaften aufzuziehen, sowie die Tatsache, daß sich Hitler in Harzburg offen mit der Sozialreaktion verbrüderte, gibt Veranlassung, darüber nachzudenken, wie sich die Arbeiterschaft dieser Großreaktion erwehren kann. Die Reichsregierung hat erneut mit Hilfe der Sozialdemokratie eine Mehrheit — aber kein Vertrauensvotum! — bekommen; die „Nationale Opposition" hat ihr Ziel nicht erreicht. Um die sogenannte Tolerierung drehen sich heute viel Gespräche. Damit in Verbindung steht die Abspaltung von der SPD. Man könnte die Frage stellen: Brauchen wir außer der sozialdemokratischen noch eine sozialistische Partei? Noch viele andere Vorgänge, die auch den Gewerkschafter berühren, können Anlaß zur Aussprache geben. Aber beschränken wir uns zunächst auf das Angedeutete. — Letzter Tag der Wortmeldungen ist der 15. November.

Die Schriftleitung.

Unterhaltung und Wissen

Wer wirft sein Geld zum Fenster hinaus?

Natürlich niemand, nicht wahr? Denn erstens, wer hat überhaupt Geld? Und zweitens — vorausgesetzt man hätte — wer möchte sich dem zärtlichen Gespött seiner lieben Mitmenschen ob solcher Verschwendungskünste aussetzen? Folglich geht man vorsichtig mit seinem Gelde um, rechnet und rechnet und drückt auf alle Fälle seinen Daumen etwas fester auf das Portemonnaie. Zwar hat schon ein paar hundert Jahre v. Chr. ein kalenderter Chinese namens Li-kai-pe in einem seiner Zechgedichte gesagt:

„Schmeiß die Taler zum Fenster hinaus,
es wird sie schon wer zusammenschippen!"

Aber das sind Verse! Sonst ist es jedoch wohl kaum bekannt geworden, ob wirklich einer eine solche „klingende" Tat vollbrachte. Es wirft also niemand sein Geld zum Fenster hinaus. Davon ist jeder überzeugt.

Um aber auf das zum Fenster hinausgeworfene Geld zurückzukommen: So frisch-frei-weg braucht das ja nun gerade nicht geschehen. Es gibt schließlich auch hier Umwege zum eigentlichen Vergnügen. Es klappert auch nicht so, als wenn man seine Markstücke direkt mit kürzestem Schwung auf das harte Pflaster befördert. Da gibt es z. B. noch immer Gewerkschafter, die sogenannte Versicherungszeitschriften abonnieren und nun glauben, eine vollwertige Versicherung auf ihr Leben abgeschlossen zu haben. Darum lesen sie dann auch die wöchentlich ins Haus gebrachten Hefte nicht, zumal der darin gedruckte Kram zu ihren gewerkschaftlichen Interessen paßt wie etwa Braunbier zur Bartpflege. Man liest höchstens dann und wann einmal wieder, daß so und so viele Tausende ausgezahlt wurden, und dann läßt man weiter in der Illusion, gut versichert zu sein.

Woche um Woche wird somit treu und brav der gewiß nicht mäßige Abonnementspreis bezahlt. Mark reiht sich an Mark wie am laufenden Band, zwar nicht zum Fenster, sondern nur zur Tür hinaus in die Taschen der Zeitschriftenverleger, deren selbstgerühmte „hervorragende Taten auf sozialem Gebiet" nach ihrer Auffassung bisher leider noch immer nicht richtig eingeschätzt wurden. Aber das kommt wohl daher, daß — entgegen der weisen Voraussicht der Verleger — die einfältigen Abonnenten nicht in der richtigen vorgeschriebenen Weise zu sterben oder zu verunglücken wissen. Immer steht da in den Versicherungsbedingungen irgendwie eine einschränkende Bestimmung — beim Auszahlen natürlich — im Wege. Und dieser Bestimmungen gibt es beinahe so viele, als Versicherungsbedingungen vorhanden sind.

Das ist der Dreh. Den paar einzelnen wirklich nicht zu umgehenden Auszahlungen steht ein endloses Heer von Abonnentenschäflein gegenüber, die alle blechen, blechen und blechen, bis sich dann bei einem Schadenfall die ganze Abonnentenversicherung als ein dürftiges Lotterlechen mit unendlichen Bergen von Nieten entpuppt.

Es läßt sich nur schätzen, wieviel Millionen jährlich vom deutschen Volke für die Abonnentenversicherung aufgebracht und somit anderen nützlicheren Zwecken — wozu auch eine Lebensversicherung bei einem soliden, versicherungstechnisch einwandfrei arbeitenden Unternehmen gehört — entzogen werden. Die sonst sehr geschwätzigen Herren Verleger schweigen darüber ...

Ein Arbeiterblatt betitelte vor kurzem einen warnenden Artikel über die Abonnentenversicherung folgendermaßen: „Kauft man Käse beim Schuster?" Es soll schließlich auch Leute geben, die so etwas für möglich halten. Aber unsere Gewerkschaftskollegen?

Also laßt die Finger weg von der Zeitschriftenversicherung und sorgt vor allem auch dafür, daß in eurer Abwesenheit nicht etwa die Frau auf die Ueberredungskünste der dafür arbeitenden Agenten hineinfällt, sonst heißt es zahlen, und im Weigerungsfalle werdet ihr noch verklagt.

Wer einen Bestellschein für die Abonnentenversicherung unterschreibt, der ...

Nicht wahr? Es wirft doch niemand sein Geld zum Fenster hinaus. Drum — wer sich versichern will — hinein in die Volksfürsorge! Sie ist ein solides gemeinnütziges Arbeiterunternehmen, steht auf festen Beinen und flunkert niemand etwas vor! Wer sich bei ihr versichert, der wirft sein Geld nicht zum Fenster hinaus!

Die Abbruchkolonne.

Einige hundert Jahre hat das Haus nun an dieser Straße gestanden. Es hat sich seine kleinen Fensteraugen stumpf und wund gesehen an all den neuen, umwälzenden Dingen, die im Laufe der Jahrhunderte an ihm vorüberbrandeten. Die letzten Jahre, in denen riesige Lastzüge, tonnenschwere Lokomobilen, Straßenbahnen vor ihm, Eisenbahnzüge hinter ihm es in seinen alten Grundfesten erschütterten, haben ihm bös mitgespielt und ihm im Verein mit den Unbilden der Witterung seine einstmals schmucke Jugendfrische geraubt. Das Dach war von der Last seiner Jahre eingesunken. Die Fenster und Türen waren ganz klein geworden. Die Wände windschief. Von einer Oeffnung zur anderen verliefen tiefe Risse und Sprünge. So stand es, ein Wahrzeichen versunkener Zeiten, wie aus einem alten Märchen hergebracht, inmitten wuchtig hochgewachsener Geschäftshäuser, die sich neben ihm wie Riesen ausnahmen — und es machte ein Gesicht, als müsse es nach dem Willen seines Besitzers geduldig auf jenen Augenblick warten, da es mit einem letzten Aufschrei und nachhallendem Röcheln und Stöhnen zusammenbrechen würde.

Aber es ist nun doch anders gekommen. Vor der Straßenseite des alten Hauses ist eine hohe, hölzerne Schutzwand aufgerichtet. Sie hindert die Neugierigen, an dem Anblick seines letzten Stündleins ihre Begierde zu sättigen. Das Dach ist bereits abgehoben. Männer mit harten Händen zwangen Stemmeisen ins Mauerwerk, Preßlufthämmer fressen sich fanatisch tiefer. Brocken um Brocken löst sich, sinkt erbarmungslos zur Erde. Balken brechen, Scheiben klirren. Tausend heimliche Laute, schicksalergeben.

Die Arbeitsmänner schaffen eifervoll. Sie bohren, hacken, keilen die Werkzeuge in die vielen altersschweren Risse. Löst sich ein größerer Brocken Mauerwerk, lauschen sie ihm nach, bis er unten aufgeschlagen, mit einem müden Grollen zerbrochen ist. Und fassen ihr Werkzeug fester. In der Brust ein leises Erschauern.

Sie sind die Abbruchkolonne.

Mit Hämmern, Spitzhacken und alledem zerbröckeln sie das mürbe Mauerwerk. Legen den alten Kasten um. Kraftlos sinken ganze Wände in den Abgrund.

Freude ist in den Männern. Sie räumen das Alte hinweg, machen es dem Erdboden gleich, schaffen Raum für das Neue. Und dieses Neue wird Farben und Formen haben aus dem ahnungsvollen architektonischen Bewußtsein unserer und der kommenden Zeit.

Sie sind die Vorarbeiter dieses Neuen.

Sie sind die Abbruchkolonne.

Mit dumpfem Röcheln zersplittern die Brocken ...

Heinrich Häusgen.

Fort mit Akkord!

Ich bin nicht für Akkordarbeit,
Ich mache lieber Tagelohn;
Nicht etwa aus Gemächlichkeit —
Denn Lohnarbeit ist gleichfalls Fron!
Doch bei dem Schuften im Akkord
Zerreiße ich das schöne Band
Der schlichten Solidarität
Der Brüder all in Stadt und Land;
Ich raube dem, der in der Not,
Das letzte karge Stückchen Brot
Der Solidarität zum Hohn —
Drum mach' ich lieber Tagelohn!

Viktor Voigtmann.

Merkwürdiger Strafvollzug in Mexiko.

Ich war wieder einmal abgebrannt bis auf die Fußlappen. Aber ich schmuggelte mich als blinder Passagier in einen Güterzug und kam glücklich in El Paso in Texas an. Es gelang mir auch nach vielen Bemühungen, an einem Neubau Arbeit zu finden. Dort bekam ich als Mitglied des Gewerkschaftsverbandes 3 Dollar Lohn den Tag. Auf der Baustelle lagerte eine große Menge Holz. Auf dieses Holz hatten es die Neger abgesehen. Sie besuchten öfters des Nachts die Baustelle und ließen dabei dann stets große Mengen Holz mitgehen. Um dem Einhalt zu tun, bot mir der Unternehmer an, auf der Baustelle mein Nachtquartier aufzuschlagen. Ich errichtete mein Lager auf einem großen Holzfuß, legte neben mich ein Schrotgewehr, und außerdem wurde zur Abschreckung der Spitzbuben eine rot leuchtende Laterne aufgestellt.

Diese Art Wachtkommando ging eine Zeitlang recht gut. Aber eines Nachts war ich trotz der großen Hitze und trotz der Moskitos, die in jenen Gegenden die Menschen unaufhörlich piesacken, fest eingeschlafen. Durch ein Geräusch erwachte ich. Mein Gewehr, das neben mir gelegen hatte, war verschwunden; jedoch das war noch nicht das schlimmste, auch eine große Menge Bretter waren gestohlen worden.

Am Morgen wurde ich sofort entlassen. Die Auszahlung des mir noch zustehenden Lohnes wurde verweigert. Ich rief die Verbandsleitung an und bekam dann durch deren Eingreifen meinen Lohn. Auf die Wächterentschädigung mußte ich allerdings verzichten.

Tragt den Schirm stets nach unten gesenkt!

Unfallverhütungsbild G.m.b.H. beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W 9.

Der in der Nähe von El Paso vorbeifließende Rio Grande bildet die Grenze zwischen Texas und Mexiko. Da es Sonntag war und alle Geschäfte und Schankwirtschaften in El Paso geschlossen hatten, begab ich mich nach der an der anderen Flußseite liegenden mexikanischen Stadt Juarez. Hier herrschte großer Betrieb. Die Schankwirtschaften und Spielhöllen waren geöffnet, desgleichen die Arena, in der die beliebten aber barbarischen Stierkämpfe vor sich gingen.

Aus Sicherheitsgründen hatte ich in El Paso einem Bekannten mein Geld in Verwahrung gegeben und nur 5 Dollar nach Juarez mitgenommen. Als ich jedoch am Abend wieder nach El Paso zurückwollte, wurde mir von amerikanischen Beamten der Uebertritt verweigert. Man verlangte von mir 4 Dollar Kopfsteuer und soviel Geld hatte ich nicht bei mir. Aber diesen Vorgang hatten auch mexikanische Grenzaufseher beobachtet. Flugs wurde ich verhaftet. Am andern Tage führte man mich dem Polizeirichter zu, der mich ohne Verhör zu einer Woche Zwangsarbeit verurteilte.

Auf diese Weise lernte ich mexikanische Justiz kennen. Das Massengefängnis, in dem ich untergebracht war, bestand aus einer Hütte aus starken Lehmmauern und hatte an Stelle eines Daches ein starkes Eisengitter. Betten gab es in diesem Gefängnis nicht. Alle Gefangenen mußten auf dem Lehmboden schlafen. Der Bau selbst wurde fortwährend von bewaffneten Wächtern und großen Hunden umkreist.

Am nächsten Tage wurden wir, 20 Gefangene an der Zahl, an eine lange Kette geschlossen und durch berittene bewaffnete Aufseher nach dem Arbeitsplatz transportiert. Dort wurden wir von der Eisenkette befreit, aber dafür bekam jeder an einen Fuß einen Eisenschuh mit langen vorstehenden Spitzen befestigt, um auf diese Weise jede Flucht von vornherein aussichtslos zu gestalten.

Wir hatten Oedland urbar zu machen. Die Sonne brannte unbarmherzig herab. Die Aufseher verkrochen sich in den Schatten der aufgestellten Zelte, nur mehrere riesige Bluthunde beaufsichtigten die Gefangenen bei ihrer Arbeit. Diese Hunde waren so dressiert, daß sie mit wütendem Gebell auf jeden Gefangenen losfuhren, wenn er versuchte, für einige Augenblicke die Arbeit einzustellen, um sich angesichts der großen Hitze etwas zu erholen. Von 11 bis 2 Uhr mittags war allerdings Ruhepause. Die Sonne brannte um diese Zeit unbarmherzig herab und gestattete ein Arbeiten im Freien nicht mehr. Wir durften uns während dieser Pause an einem scharfen Bohnengericht laben, das uns als Mittagessen huldvollst gereicht wurde.

Auch diese Woche verging. Sofort nach meiner Entlassung ging ich in das deutsche Konsulat in Juarez. Der Konsul legte für mich die 4 Dollar Kopfsteuer aus und ließ mich dann durch einen Angestellten über die amerikanische Grenze bringen. So kam ich ohne Anstoß wieder nach El Paso. Aber nach der mexikanischen „Gerichtsbarkeit" verlangte mir nicht mehr.

Justus Seyffert, Chemnitz.

Die deutsche Sprache eine schwere Sprache.

Was einem alles so passieren kann! Man macht sich keine Vorstellung. Besonders wenn man Automobilist ist und in der Woche wie am Sonntag unterwegs auf den Landstraßen verheerendes Unheil anrichtet. Aber hört lieber selbst:

Die Staatsanwaltschaft beschuldigt Sie, Sie haben am 12. Dezember 1930 auf Markung Reudern, Oberamt Nürtingen durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung eines anderen verursacht, wobei Sie zu der Aufmerksamkeit, die Sie aus den Augen setzten, vermöge Ihres Berufes besonders verpflichtet waren, und Sie haben, in rechtlich einer Handlung, hiermit den zur Erhaltung der Ordnung und Sicherheit auf öffentlichen Wegen erlassenen Vorschriften über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen zuwidergehandelt, nämlich dem § 18 Abs. 2 der Kraftfahrzeugverordnung, wonach dann, wenn der Ueberblick über die Fahrbahn behindert ist, so langsam gefahren werden muß, daß das Fahrzeug auf kürzeste Entfernung zum Stehen gebracht werden kann, indem Sie als Lenker eines Personenkraftwagens, den Sie bei beruflichen Fahrten zu lenken pflegen, auf der Fahrt von Reudern nach Nürtingen, als Sie dem Kuhfuhrwerk des Gipsers Karl Haußmann von Reudern vorfahren wollten, trotz des starken Nebels und der Unübersichtlichkeit der Straße mit der zu großen Geschwindigkeit von mindestens 35 Kilometer in der Stunde fuhren, so daß Sie, als Ihnen unerwartet ein Kraftwagen entgegenkam, nicht mehr rechtzeitig halten konnten, um einen Zusammenstoß mit diesem zu vermeiden, und daher auf das Kuhfuhrwerk auffuhren, dieses umwarfen und dadurch die auf dem Fuhrwerk sitzende Gipsersehefrau Karoline Haußmann auf den Boden warfen, wodurch sie Schürfungen, eine Beule, eine Prellung und eine Quetschung an verschiedenen Körperteilen davontrug, Schmerzen empfand und einige Wochen arbeitsunfähig wurde.

Bitte, kontrollierf nach, der ganze Strafbefehl besteht aus einem einzigen Hauptsatz und unzähligen Nebensätzen. Fünfundzwanzig „Kommas" in einem Satz, das ist eine Leistung, die eine besondere Würdigung verdient. Dieser Ruhm kommt dem württembergischen Amtsgericht Nürtingen zu. Ein Vorschlag: Wegen der so glänzenden Ausführlichkeit und Klarheit im Ausdruck und der Darlegung des Straftatbestandes sollte man den Strafbefehl allen Strafgesetzbuchskommentaren beifügen und insbesondere ihn ausnahmsweise in der Sammlung von Entscheidungen des Reichsgerichts aufnehmen und veröffentlichen.

An der Schaufensterscheibe eines Berliner Schuhmachers findet sich folgende Ankündigung:

> Herren-Sohlen 4,50 Mark,
> Damen-Sohlen 3,50 Mark,
> Kinder je nach Größe auf Wunsch
> in einer Stunde.

Na na — Schuster bleib bei deinem Leisten!

Kongreß des AfA-Bundes.

Der IV. Kongreß des AfA-Bundes tagte vom 5. bis 7. Oktober in Leipzig. Im Mittelpunkt dieses Kongresses standen zwei Referate, und zwar das Referat Dr. R. Hilferdings über „Gesellschaftsmacht oder Privatmacht über die Wirtschaft" und ein Vortrag des Vorsitzenden Aufhäuser über „Ideologie und Taktik der Angestelltenbewegung".

Die Behandlung dieser Fragen führte zur Annahme verschiedener Beschlüsse. So verlangte der Kongreß die Bankenkontrolle und sprach sich gegen die sogenannte Autarkie aus. Er verlangte eine planmäßige Bewirtschaftung der Kapitalverteilung durch ein Bankenamt, die Kontrolle der Preise und Gewinne durch ein Monopolamt und die Umstellung der Handelspolitik im Sinne internationaler Zusammenarbeit. In der betreffenden Entschließung heißt es, daß der durch den Zusammenbruch der Banken seitens des Staates gewonnene Einfluß nicht preisgegeben werden soll, sondern es soll über eine formale Bankenkontrolle hinaus die Herrschaft des Staates über die Banken gesichert werden. Der Kongreß verlangte eine Verständigung der Völker, planmäßiges Zusammenarbeiten aller Länder der Welt zur Regulierung der Kapitalwanderung und Kapitalverteilung; ferner erklärte er sich für die Streichung der durch den Krieg entstandenen Schuldenlasten.

Der Kongreß nahm auch eine Entschließung an zu dem im Juni vorigen Jahres von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Entwurf einer internationalen Konvention über die Regelung der Arbeitszeit im Handel und in Büros. Es heißt in der Entschließung, daß der AfA-Bund „unbeschadet der von ihm für die deutsche Arbeitszeitregelung aufgestellten Forderungen die Ratifizierung des Uebereinkommens durch Deutschland wegen ihrer Rückwirkung auf sozialpolitisch unentwickelte Staaten für unerläßlich" halte. Die parteipolitische Neutralität des Bundesvorstandes und das bisherige Zusammenwirken mit der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei wurde gebilligt.

Der Geist, der diesen Kongreß beherrschte, war ein durchaus guter. Die Mitgliederzahl des AfA-Bundes beträgt zurzeit etwa eine halbe Million. Wir wünschen diesem Zweige der Arbeiter- und Angestelltenbewegung auch weiterhin gute Fortschritte!

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt ist das Abbruchgeschäft von August Erich, Baustelle Dynamitfabrik bei Geesthacht, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug.

Isolierer: Gesperrt ist die Isolierfirma Ritter, Kiel, Hafenstraße, wegen Zahlung unterfariflicher Löhne.

Leitergerüstbauer: Gesperrt sind wegen Lohndifferenzen in Essen die Leitergerüstbau-Firmen Albert Triebel, August Feldbusch, Hermann Lutkhau und Wicher, genannt Nordheim.

Töpfer: Gesperrt sind: In Crimmitschau die Firma Hezinger, in Halle/S. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hönicke und Böhme. In Königsberg und Schleswig-Holstein streiken die Ofensetzer.

Aus den Baugewerkschaften

Auerbach/Vgtl. (Zahlstellen-Jubiläum.) Unsere Zahlstelle Schöneck, der 96 % aller dort wohnenden Bauarbeiter angehören, besteht nun 25 Jahre. Deshalb wurde am 10. Oktober eine kleine Feier abgehalten, die sehr gut besucht war. Den drei Gründern, sowie einem Kollegen aus Klingenthal/Sa., der gleichfalls 25 Jahre Mitglied ist, wurde die Ehrenurkunde sowie die silberne Bundesnadel überreicht. Nach einigen von den Arbeitersängern vorgetragenen Liedern würdigte unser Geschäftsführer die Bedeutung des Tages. Der Zahlstellenobmann, Kollege König, gab einen kurzen geschichtlichen Ueberblick; der Baugewerkschaftsvorsitzende, Kollege Treibmann, überbrachte brüderliche Grüße der Zahlstellen des Reichenbacher Gebietes, und Kollege Reichelt, Klingenthal/Sa., die Grüße der Kollegen des Grenzgebietes. Mit einem Hoch auf unseren Bund wurden die Ansprachen beendet. — Herzlicher Dank sei auch an dieser Stelle den Schönecker organisierten Tabakarbeitern ausgesprochen, die uns nicht nur ein wertvolles Bild überreichten, sondern auch in stattlicher Zahl an der Feier teilnahmen.

Gera. In der Versammlung am 22. September zeigte Kollege Mortag in anschaulicher Weise die Ursachen der Baumirtschaftskrise auf. In Thüringen sind jetzt von je 10 Bauarbeitern 7 arbeitslos. Ausführlich besprach der Redner die Politik der Reichsregierung. Die verantwortlichen Machthaber mögen sich bewußt sein, wenn nicht bald etwas Gründliches geschieht, daß die Geduld der Arbeiterschaft ein Ende haben wird. — Die Versammlung befaßte sich auch mit den Beschlüssen der Zwangsinnung für das Baugewerbe, die sich für ein Milliardengeschenk an die Hausbesitzer (Beseitigung der Hauszinssteuer) und für weitere Verschlechterung der Lebenslage der Bauarbeiter, Abbau der Tarifpolitik und Herabsetzung der Löhne einsetzen. Dies Steuergeschenk an die Hausbesitzer würde zwangsläufig zu einer erneuten steuerlichen Belastung der werktätigen Bevölkerung führen und den Wohnungsbau, der ohne öffentliche Unterstützung zusammenbrechen muß, gänzlich lahmlegen.

Gleiwitz. In den in letzter Zeit im Industriegebiet veranstalteten Bauarbeiterversammlungen wurden die Unterstützungsmaßnahmen des Bundesvorstandes und Bundesbeirats fast durchweg verstanden und gebilligt. Nur in Hindenburg glaubten einige sehr radikal angehauchte Mitglieder dagegen Sturm laufen zu müssen, aber dies dürfte an unserer Einigkeit nichts ändern. Ferner wurde die Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes stets eingehend behandelt. Die Bauarbeiterschaft vertrat überall den Standpunkt, daß Bauarbeiten, die tariflich zu entlohnen sind, unter diesen Begriff nicht fallen dürfen. Wir werden deshalb wachsam sein und überall dort, wo durch den freiwilligen Arbeitsdienst unsere tariflichen Rechte geschmälert werden sollten, dies mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Scharf kritisiert wurde besonders in Beuthen, daß über den Einsturz des Hallenschwimmbades vor zwei Jahren von der Staatsanwaltschaft noch nichts geklärt worden ist. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde gegen eine derartige Verschleppung schärfster Protest eingelegt und endlich die Klärung der Schuldfrage verlangt.

Landsberg (Warthe). Hier waren am 4. Oktober die baugewerblichen Berufsverbände versammelt, um zu der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe Stellung zu nehmen. Kollege Keller sprach über „Schutz und Arbeit für die baugewerblichen Berufe". Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Versammelten Schutz und Arbeit für alle Bauberufe fordern. Die ungeheure Wirtschaftsnot bringe erhöhte Gefahren für Leben und Gesundheit der Bauarbeiter. Trotz des stark verminderten Arbeitsvolumens sind die Arbeitsleistungen gewaltig gestiegen. Hunger und Entbehrung für die, die arbeitslos hinter dem Bauzaun stehen, und gesteigerte Arbeitsleistungen bei verminderkem Lohn werden von denen verlangt, die in den Sommermonaten einige Wochen arbeiten dürfen. Die Kundgebung der Spitzenverbände der Gewerkschaften wurde begrüßt; neben einer ausreichenden Versorgung aller Arbeitslosen wurden für das Baugewerbe Maßnahmen gefordert, um schleunigst Arbeit zu beschaffen. Die 40-Stunden-Woche als Dauermaßnahme für das Baugewerbe sei unverzüglich einzuführen. Gegen die Sonderbehandlung der Bauarbeiter in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge wurde aufs schärfste protestiert. Die Entschließung klang aus in den Satz: Gebt Schutz und Arbeit! Nachdem dann Kollege Otto Liebsch über die Aufgaben der Bauarbeiterschutz-Kommission gesprochen, wurden nach lebhafter Aussprache zum Vorsitzenden dieser Kommission Kollege Keller und zum Schriftführer Kollege Haack gewählt.

München. In der Sitzung der Bauarbeiterschutz-Kommission vom 15. September hielt Herr Oberingenieur Zapf einen Vortrag über die Durchführung der neuen Unfallverhütungsvorschriften. Die lebhafte Aussprache bewies das große Interesse, das in den Bauarbeiterkreisen an dieser Frage besteht. An Hand des Jahresberichts der Bayerischen Baugewerksberufsgenossenschaft wurden dann die ernsteren Unfälle besprochen. Bildmaterial zeigte, wie oft kleine Ursachen zu ernsten Unfällen führen können. — Das Winterprogramm der Bauarbeiterschutz-Kommission soll unsere Kollegen neben Film- und Lichtbildervorträgen auch durch Führungen im Landesmuseum, die jeden Donnerstag um 9 Uhr vorgenommen werden, mit den Gefahrenquellen näher bekannt machen. Bemerkenswert ist noch die Mitteilung, daß am letzten Bezirkstag für München-Land die bürgerlichen Parteien einschließlich der Nazis die Anstellung eines weiteren Baukontrolleurs aus Arbeiterkreisen abgelehnt haben.

Oschatz. (Oppositionsbewegung — Oppositionssturm!) Das ist die Tendenz des Inhalts von Flugblättern, die kürzlich im Auftrage der KPD. von RGO.-Anhängern verbreitet wurden. Das Flugblatt strotzt nur so von Verdrehungen von Vorgängen auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß. Dann kommt ein Kapitel: „Wir klagen an." Wer aber glaubt, daß die kapitalistische Wirtschafts„ordnung" unter die Lupe genommen wird; der irrt sich. Nicht ein Sterbenswörchen findet man darüber! Desto mehr müssen die freien Gewerkschaften herhalten. Da wird drauflos gewettert nach allen Regeln der Verleumdungskunst. Die Führer der Gewerkschaften sind die, die an dem Elend und der wirtschaftlichen Not, von der fast kein Land verschont wird, Schuld tragen. Den Abschluß des Flugblattes bildet dann eine Litanei von Unterschriften, von — natürlich! — lauter Vorstandsmitgliedern der freien Gewerkschaften. Darunter befinden sich auch acht Unterschriften von angeblichen Baugewerkschaftsvorstandsmitgliedern unseres Bundes im Bezirksverband Sachsen. Nachträglich haben den Aufruf noch u. a. unterschrieben: Paul Schuster, angeblich 1. Vorsitzender der Baugewerkschaft Oschatz. — Wir stellen fest, daß Paul Schuster nicht Vorsitzender unserer Baugewerkschaft ist. Vorsitzender ist seit Januar 1930 Kollege Otto Schober. Die Bauarbeiter von Oschatz und den angeschlossenen Zahlstellen werden dafür sorgen, daß der Traum der RGO. nicht in Erfüllung geht. Das bewies auch die Mitgliederversammlung unserer Baugewerkschaft am 30. Juni. Zu dieser Versammlung hatte Paul Schuster in der Person des RGO.-Häuptlings und kommunistischen Landtagsabgeordneten Silbermann einen Korreferenten bestellt. Dieser mußte aber auf sein Referat verzichten und unverrichteter Sache das Feld räumen, weil es unsere Mitglieder so haben wollten. Der Spaltpilz Silbermann ist übrigens 1928 aus dem Fabrikarbeiterverband ausgeschlossen worden. — Wie sieht es nun mit dem Oppositionssturm aus? Revolutionäre Zellenleiter (lies Gewerkschaftszertrümmerer) werden von den von Näferchen Stalin abhängigen Parteisekretären wegen ihrer Saumseligkeit und Gleichgültigkeit gerügt. Kritisiert wird, daß die KPD.-Mitglieder in einer Gewerkschaftsversammlung, wo die Situation günstig war, nicht in der Diskussion gesprochen und keinen Antrag gestellt haben, Delegierte zum Kongreß der RGO. zu entsenden. — Mag der „Oppositionssturm" über die Gewerkschaftsbewegung hinwegbrausen. An ihren Grundfesten wird dieser Sturm kein Unheil anrichten. Er kann wohl die Spreu vom Weizen wegblasen. Der Weizen aber — das sind die Mitglieder mit Vertrauen zur Gewerkschaftsführung — wird sich entwickeln!

Stuttgart. (Bluff!). Von Zeit zu Zeit teilt die „Süddeutsche Arbeiterzeitung" der Mitwelt mit, daß der Obmann unserer Zahlstelle Eßlingen ausgeschlossen wurde und darauf besagte Zahlstelle mit fliegenden Fahnen in den EfB. (Einheitsverband für Beitragsscheue) übergetreten sei. — Wie liegen die Dinge? Von den Mitgliedern in Eßlingen sind genau zehn fahnenflüchtig geworden, die immer eine unüberwindliche Abneigung gegen Beitragszahlen hatten. Einen finanziellen Verlust hat unser Bund auf keinen Fall. Der genannte Obmann, der ständig mit der Wahrheit auf dem Kriegsfuß lebt, versucht nun seine Zersplitterungstätigkeit auch in den übrigen Orten des Oberamts auszuüben. Erfreulicherweise hat er keinen Erfolg. Zum Trost erscheinen dafür minderwertige Geistesprodukte mit Siegesmeldungen. Da berichtet man von einer „gutbesuchten Versammlung" in Wendlingen, die aber in Wirklichkeit wegen Mangel an Teilnehmern überhaupt nicht abgehalten werden konnte! — Dafür war der „Erfolg" in Berkheim um so größer! Allerdings ist auch hier unserer Organisation kein einziges zahlendes Mitglied verlorengegangen. Und der dort aufgemachte neue Laden ist eine Niete, die bei uns sämtliche Unterstützungsmöglichkeiten bis auf die Neige erschöpfte und beim Versiegen dieser Quelle sich nach einer anderen umsah. In Denkendorf gelang es der RGO. trotz größter Anstrengungen nicht, Mitglieder von der neuen Heilslehre zu überzeugen. Auch eine Versammlung mit dem Universal-„Gewerkschafter" Vollmer nützte nichts. — Wie im Eßlinger Gebiet, so sieht es auch in Stuttgart aus. Bluff, nichts als Bluff! In einer vom „Einheitsverband" am 27. August in Cannstatt einberufenen Versammlung erschienen noch nicht einmal ein Dutzend Neugierige, so daß der Referent seine Weisheiten nicht an den Mann bringen konnte. Nicht viel besser war die „große" Versammlung am nächsten Tag in Stuttgart besucht. Einschließlich des Referenten waren 18 Mann zum löblichen Tun versammelt. Alles in allem genommen kann festgestellt werden, daß von dem „Sturm" auf den Baugewerksbund nur die Spreu hinweggeblasen wurde. Die Bauarbeiter sind ja durch die Vorgänge in früheren Jahren gewitzigt worden. Sie erinnern sich noch gut, daß schon einmal durchgefallene „Bonzen-Kandidaten" einen eigenen Laden in Stuttgart aufmachten, der ohne einen einzigen Erfolg zu erzielen in den Dornröschenschlaf verfiel.

Aus den Fachgruppen

Stukkateure und Putzer.

Berlin. (Zum Abschluß des Tarifvertrages für Putzer.) Der im Herbst 1929 unter äußerst günstigen Verhältnissen geschaffene Lohn- und Akkordtarifvertrag für Putzer konnte mit dreimonatiger Frist zum 30. September 1931 gekündigt werden. Lange vor der Kündigungsfrist war es offenes Geheimnis, daß die drei am Vertrage beteiligten Unternehmerverbände sehnlichst den Kündigungstag erwarteten. Mitte Juni flatterten uns die Schreiben der Unternehmer auf den Tisch. Wir zierten uns nicht und kündigten ebenfalls den Vertrag. Vor dem ersten Verhandlungstage, dem 24. August, hatten wir die neuen Entwürfe ausgetauscht. Unser Entwurf bewegte sich in durchaus sachlichem Rahmen, dagegen sah der Entwurf der Gegenseite geradezu ungeheuerliche Abstriche vor. Unsere Vertreter sagten den Unternehmern glatt ins Gesicht, daß ihre Verschlechterungsanträge unbeschwert von Sachlichkeit seien und nur taktischen Charakter trügen. Nicht verlegen um eine Antwort rechtfertigten die Unternehmer ihre Ansicht mit den allzu hohen Akkordverdiensten der Putzer. Danach zu urteilen müssen alle unsere Kollegen den Sparstrumpf zum Ueberlaufen voll haben. Die Wirklichkeit bezeugt etwas ganz anderes. Der größte Prozentsatz unserer Kollegen ist seit Monaten zum Stempeln verurteilt; abgesehen von einigen Ausnahmen, die auch wir immer entschieden verurteilten, halten sich die Verdienste der Putzer in einem lebensnotwendigen Rahmen. Die Verallgemeinerung der hohen Verdienste ist nur kühne Phantasie der Unternehmer. An 11 Tagen, in über 100stündiger Gesamtverhandlung wurde heftig um jede Position gestritten. Einen Sieger gab es nicht in diesem Kampfe. Wir und die Unternehmer mußten an den Forderungen Abstriche vornehmen, doch wenn wir das Endergebnis betrachten, dann dürfte das Pluszünglein an der Waage stark nach unserer Seite ausschlagen. Heftig umstritten waren die Aufmaßbestimmungen. Unter allen Umständen verlangten die Unternehmer in Zukunft ein Aufmaß nach der Verdingungsordnung. Schritt für Schritt drängten wir sie hier von ihrem Wege ab. Unsere Kommission hatte ein erdrückendes Beweismaterial gesammelt, das die Unternehmer zur Kapitulation zwang. Der neue Vertrag sieht auch begrüßenswerte Aenderungen vor. Die sogenannten Mammutkolonnen verschwinden, da in Zukunft eine Kolonnengemeinschaft nicht mehr als 20 Arbeiter umfassen soll. Läßt sich fürderhin ein Kolonnenführer neben dem vertraglichen ½ % von der Gesamtsumme für seine Bemühungen noch besondere Aufwandsgelder zahlen (leider eine Begleiterscheinung des Kolonnensystems), dann verstößt er gegen den Vertrag und der Unternehmer hat das Recht, das Arbeitsverhältnis sofort zu lösen. Mit dieser Bestimmung soll dem Schmarotzertum zu Leibe gegangen werden. In dieser Hinsicht sind viele Kollegen nicht unschuldig, fanden sie doch häufig am Zahlabend die offene Rocktasche des Kolonnenführers allzu leicht. In der Vermittlung von Arbeitern sind wir einen Schritt weitergekommen. Hoffentlich ist der Tag nicht mehr fern, an dem der letzte Putzer und Träger endlich seinen Nachweis vom Berg nach dem gesetzlichen Nachweis für das Baugewerbe verlegt. Volle Beachtung verdienen auch die Bestimmungen über die Betriebsvertretung. Der alte Vertrag wurde bis zum 6. Oktober verlängert, so daß seit dem 7. Oktober der neue Vertrag gilt. Als Vertragsträger auf der Gegenseite zeichnet nur der Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin. Die früheren Mitträger, der Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes und der Reichsverband Industrieller Bauunternehmungen beteiligten sich bis zum Schlusse an den Verhandlungen, doch als es ans Unterschreiben gehen sollte, zog man den besseren Teil der Tapferkeit vor. Man glaubt dort, sich ohne Vertrag hemmungsloser auswirken zu können. Doch gemach, meine Herren! Die Berliner Putzer werden auch bei schlechter Konjunktur beweisen, daß die Spekulation auf den hungrigen Magen falsch ist. Rund 98 % der Berliner Putzer und Träger sind in den vertragschließenden Arbeiterverbänden organisiert. Diese Geschlossenheit wird hinreichend Garantie bieten, die Außenseiter im Unternehmerlager zur Respektierung des Vertrages zu zwingen. Unsere Kollegen sind verpflichtet, in allen Zweifelsfällen sofort der Verbandsleitung Mitteilung zu machen. Die Einheitsmaulhelden des „Industrieverbandes", deren Zahl im Putzergewerbe kaum die Stärke eines Kegelklubs aufweist, glauben sich mausig machen zu können. In hunderten Exemplaren verteilten sie auf den Stempelstellen eigene Vertragsentwürfe, in denen das dümmste Zeug zusammengeschmiert ist. Kühn verkündeten sie der Mitwelt, der Lohn der Putzer und Träger müsse um 37 % erhöht werden. Am letzten Verhandlungstage fragten wir die Unternehmer, ob denn die Forderungen des Industrieverbandes nicht bei ihnen eingegangen seien. Darob allgemeines Erstaunen, das in die Frage ausklang: Ja, haben die denn auch Forderungen gestellt? Diese feige Gesellschaft überläßt also den Verhandlungskampf dem Baugewerksbund, wohl wissend, daß etwas zustande kommt, um nachher besser über „Verrat" und „Betrug" schimpfen zu können. Am Arbeitsnachweis radikale Töne reden, dazu gehört kein Mut, doch den Unternehmern etwas abzuringen, dazu gehört Mut und Verantwortung. Das ist eine Tat, die sich zugunsten der Kollegen materiell auswirkt. Hoffentlich ziehen unsere

Kollegen aus dem Gebaren dieser Helden die Nutzanwendung, indem sie diesen Weltverbesserern bei jeder passenden Gelegenheit über das ungewaschene Maul fahren. Das Verdienst, wieder einen Vertrag geschaffen zu haben, gebührt vornehmlich dem Baugewerksbund. Daran ändert das Geschrei der „Einheitsfronker" nebst sauberer Kumpanei absolut nichts!

Töpfer und Fliesenleger.

Berlin. (Fünftagewoche für Fliesenleger.) Nach einer Vereinbarung der Tarifparteien arbeitet von jetzt ab jeder Fliesenleger in Berlin fünf Tage in der Woche. Die Betriebsräte haben mit den Geschäften das Nähere zu vereinbaren.

Königsberg i. Pr. (Neuer Feind der kämpfenden Ofensetzer.) Die bestreikten Töpfermeister befinden sich in Nöten. Das Eingreifen des Schlichters ist dafür bezeichnend, auch scheint man jetzt einzusehen, daß die Ofensetzer nicht mit sich spielen lassen. Ihre Kampffront steht unerschütterlich. Jetzt aber ist ihnen ein neuer Feind erstanden. Die Deutsche Land- und Baugesellschaft duldet auf ihren Bauten die Erstellung neuzeitlicher Oefen und Herde durch Kleinmeister, die zum Teil schon jahrelang keine Kachel berührt haben und wenig oder gar nichts von fachlich einwandfreier Arbeit kennen. Dazu kommt eine übermäßig hohe Zahl von Lehrlingen. Jeder Bauherr würde sich ein derartiges leichtfertiges Arbeiten ernstlich verbitten. Die Schäden, die daraus entstehen müssen, sind gar nicht abzusehen. Die Deutsche Land- und Baugesellschaft aber schlägt alle Warnungen in den Wind. — Wir verlangen ja nun nicht, daß Bauherren oder Bauherrengesellschaften mit der Arbeiterschaft sympathisieren, aber von einer staatlichen Gesellschaft muß verlangt werden, daß sie neutral ist. Deshalb haben wir die maßgeblichen übergeordneten Stellen der Deutschen Land- und Baugesellschaft von dem Verhalten der Geschäftsführung informiert. An einem einwandfreien Zeugenapparat fehlt es uns nicht. 30 bis 40 % Lohnabbau war die Forderung der Unternehmer! Mit ihnen macht gemeinsame Sache die Geschäftsleitung der Deutschen Land- und Baugesellschaft! Höher geht es nimmer. Und es ist wohl das erstemal, daß sich eine Baugesellschaft ganz offen als Arbeiterfeind demaskiert!

Vom Bau

Osnabrück. Wie wenig Werk sehr viele Bauarbeiter auf Leben und Gesundheit legen, zeigt das Ergebnis unserer Baukenkontrollen. Erfaßt wurden 23 Baustellen mit 189 Beschäftigten. Nur auf 5 Baustellen gab es Baudelegierte. Die Unfallverhütungsvorschriften und die Anleitung zur ersten Hilfeleistung waren in insgesamt 20 Fällen nicht ausgehängt. In 10 Fällen war die Ueberwachung der Bauten mangelhaft, in 5 Fällen die Unterkunftsräume, in 11 Fällen die Verbandkästen, in 9 Fällen die Aborte, 8 Gerüste wiesen sehr erhebliche Mängel auf, in 11 Fällen fehlte die Abdeckung und in 2 Fällen wurde bei Dacharbeiten mangelhafter Arbeiterschutz festgestellt. Trotzdem werden bei Unfällen die Berichte immer so abgefaßt, als wenn Selbstverschulden der Verunglückten vorläge. Daß die Unternehmer die Baukenkontrolle fürchten, zeigte sich beim Umbau der Stadthalle, wo der Unternehmer M. die Kontrolle seiner Baustelle als eine Schikanierung empfand und in beredten Worten der Hoffnung Ausdruck gab, daß „dieses System" bald geändert werde. An einem Neubau am Collegienwall wurde der Unternehmer auf die große Gefahr der äußerst mangelhaften Abdeckung des Treppenhauses aufmerksam gemacht. Der Unternehmer lehnte diesen Hinweis entrüstet ab: Es bliebe alles so liegen, damit basta! Auf einer einzigen Baustelle fehlte nicht nur der Verbandkasten, es waren auch die Unfallverhütungsvorschriften sowie die Anleitung zur ersten Hilfeleistung nicht ausgehängt, ferner war auch der Abort sehr vorschriftswidrig, die Gerüste waren in Zweietagenhöhe nicht mit Sockelbrettern und Rüstzeug versehen, der Leiteraufgang sowie einige Leitersprossen waren nicht ordnungsmäßig, die Balkenlage über dem Dachgeschoß nicht abgedeckt, trotzdem die Zimmerer bei Abdeckung des Daches auf dieser Balkenlage beschäftigt waren, außerdem war das Treppenhaus über dem Dachgeschoß weder eingedeckt noch eingefriedigt, und in einer Höhe von 2½ Etagen war überhaupt kein Schutzgerüst vorhanden. Das ist gewiß ein Rekord an Mängeln an einer Baustelle. Angesichts solcher Pflichtwidrigkeiten empfinden Unternehmer eine Kontrolle ihrer Baustellen als Belästigung! Und die Stadt hat einer nebenamtlich mit Baukenkontrollen beauftragten Person ein anderes Tätigkeitsfeld zugewiesen. Es muß gefordert werden, daß alles getan wird, damit Unfälle auf das geringste Maß herabgedrückt werden.

Politische Zeitnotizen

Kabinett Brüning II stellte sich am 13. Oktober dem Reichstag vor. Reichskanzler Dr. Brüning hielt eine für einen rechtsstehenden Zentrumsmann sehr bemerkenswerte, nach der Seite der „Nationalen Opposition" gerichtete Rede. Die Aussprache des Reichstages dauerte vier Tage. Von sozialdemokratischer Seite sprachen Breitscheid, der Gewerkschaftsführer Aufhäuser und Sollmann. Die „Nationale Opposition" glänzte bei diesen Reden durch Abwesenheit. Bei der Abstimmung über die Mißtrauensvoten errang die Regierung Brüning gegen die Harzburger eine Mehrheit von 25 Stimmen. Die Mehrheit der Volksparteientschied sich unter Dingeldey endgültig gegen den Reichskanzler und stimmte gegen die Regierung. Die Harzburger Reaktion, wozu ja auch die sogenannte Nationalsozialistische Arbeiterpartei gehört, flüchtete vor den Anträgen der Sozialdemokraten auf Fürstenrentenabbau und Erweiterung der Arbeitslosenhilfe aus dem Sitzungssaal. Wenngleich also das zweite Kabinett Brüning eine Mehrheit bekommen hat, so wird wohl selbst der Kabinettschef dies nicht als einen ausgesprochenen Sieg verbuchen. Er wird auf dem Posten sein müssen, um die „Nationale Opposition" vom Regierungsschiff fernzuhalten. Die Arbeiterschaft kann die Niederlage der Harzburger in dem Sinne begrüßen, daß es wiederum gelungen ist, die Faschisten und Scharfmacher vom Regierungssteuer fernzuhalten. Die Arbeiterschaft muß bestrebt sein, ihre politischen Interessen und Organisationen so zu stärken, daß es in entscheidender Stunde möglich ist, an die Stelle eines Kabinetts Brüning ein Kabinett zu setzen, in dem sich mehr als heute der Einfluß der Gewerkschaften und der sozialistisch denkenden Arbeiterschaft geltend machen kann. — Der Reichstag vertagte sich bis 23. Februar.

Sozialdemokratische Erfolgsarbeit im Reichstag. Die Sozialdemokratie hat im Reichstag bei den Abstimmungen zwei beachtliche Erfolge erzielt. Eine Mehrheit des Reichstags hat die folgenden sozialdemokratischen Anträge angenommen: Zum Schutz des Tarifrechts: Der Reichstag verlangt von der Reichsregierung: Alle Pläne und Forderungen auf Beseitigung oder Aushöhlung des Tarifrechts abzulehnen; insbesondere sind die Angriffe auf die Unabdingbarkeit des Tarifrechts abzuwehren. — Winterhilfe für die Erwerbslosen: Der Reichstag fordert die Reichsregierung auf, zum Schutze der notleidenden Bevölkerung gegen Hunger und Kälte eine Winterhilfe nach folgenden Gesichtspunkten durchzuführen: 1. Die Winterhilfe ist eine zusätzliche Naturalhilfe für alle Empfänger von Arbeitslosenunterstützung, Krisenunterstützung und Wohlfahrtsunterstützung, und zwar für die Zeit vom 1. November 1931 bis zum 31. März 1932. Sie besteht in der Belieferung mit Kartoffeln und Kohle. 2. Die Naturalhilfe darf nicht zu einer Minderung der Geldunterstützung führen. 3. Die Naturalhilfe soll umfassen: a) Kartoffeln, 1,5 Zentner je Kopf der zum Haushalt des Unterstützungsberechtigten gehörenden Personen, b) Kohle, 20 Zentner für jeden unterstützungsberechtigten Haushalt. 4. Die Kohlensyndikate sind zu verpflichten, die Kohlen zu Preisen zu liefern, die nicht über dem Durchschnitt der jeweiligen Exporterlöse liegen. 5. Die Beschaffung von Kartoffeln soll in der Weise geschehen, daß der Kartoffelmarkt

Pünktlichen Zahlern fällt der Beitrag leicht!

Für die Woche vom 18. bis 24. Oktober ist der 43. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

entlastet wird und die Verluste bei der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein möglichst verringert werden. — Schließlich ist der sozialdemokratische Gesetzentwurf, der die Aufhebung der augenblicklich geltenden Entschädigungen an Fürsten und standesherrliche Familien fordert, in erster Lesung erledigt. Der zweiten Lesung widersprach aber Graf Westarp, so daß nach der Geschäftsordnung die zweite Lesung nicht mehr vorgenommen werden konnte. — Schließlich wurde auch noch der Antrag des Wohnungsausschusses angenommen, wonach jede Aenderung der geltenden Mietengesetzgebung unterbleiben soll, bis ein soziales Mietrecht gesichert ist.

Zur Sicherung des Wohnungsbaues und zur Aufrechterhaltung der Hauszinssteuer hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, weil die neue Notverordnung die Hauszinssteuer zugunsten der Hausbesitzer um 20 % senkt und damit eine Fortführung des öffentlichen Wohnungsbaues fast unmöglich macht, folgende Anträge gestellt: 1. daß die allgemeine Senkung der Hauszinssteuer um 20 % wieder aufgehoben wird und es bei der individuellen Regelung auf Grund der Notverordnung vom 5. Juni 1931 bleibt; 2. daß die Erträge der Hauszinssteuer im bisherigen Umfange für den Kleinwohnungsbau verwendet werden; 3. daß die Kleinhausbesitzer mit Häusern unter 5000 *M* Vorkriegswert von der Hauszinssteuer befreit werden und 4. daß die Mieten der kleinen Neubauwohnungen durch Steuerbefreiung, Zinsstundung, Zinszuschüsse usw. gesenkt werden. — Neben die Hilfe für die Mieter tritt die Hilfe für die Pächter. Viele kleine Pächter haben in den letzten Jahren Pachtverträge abgeschlossen, die infolge der allgemeinen Preissenkung für sie eine drückende Last geworden sind. Um sie von dieser Last zu befreien, sieht ein sozialdemokratischer Antrag eine allgemeine Senkung der Kleinpachten um 20 % vor. Dieser Antrag hat besonders für das platte Land eine große Bedeutung. — Ein weiterer Antrag der Sozialdemokratie verlangt die Senkung des Zuckerpreises um 3 *M* je Doppelzentner. Infolge der Verdoppelung des Zuckerzolles durch die Notverordnung vom 5. Juni ist auch der Kleinverkaufspreis für Zucker gestiegen. Um die Verteuerung dieses wichtigen Massennahrungsmittels zu mildern, sollen durch Senkung des gesetzlichen Zuckerhöchstpreises Landwirtschaft und Industrie mit zu den Lasten der Zollerhöhung herangezogen werden. Der erste Antrag ist durch Annahme des Antrages des Wohnungsausschusses zum Teil schon im Reichstag angenommen worden, im übrigen mit den anderen Anträgen an die Ausschüsse verwiesen.

Die Söldnertruppen der Reaktion und des Monarchismus. Die deutsche Arbeiterschaft hat am 18. Oktober wiederum einen Vorgeschmack vom Dritten Reich bekommen. In Braunschweig hielt der Sklavenhalter Hitler ein Reichstreffen ab. Hitler geruhte wieder einmal, seine SA.-Söldner seinen monarchistischen und schwerkapitalistischen Herren vorzuführen. Schon am Vorabend des eigentlichen Treffens stand Braunschweig im Zeichen einer furchtbaren Terrorherrschaft der Nationalsozialisten. Nationalsozialistische Terrorgruppen zogen in die Arbeiterviertel und drangsalierten unter den Augen der Polizei die Bevölkerung. Viele Fensterscheiben wurden eingeworfen und die Bewohner tätlich angegriffen. Nach den Meldungen der Montagspresse gab es viele Tote und Verwundete. Festgestellt sind bisher ein Toter und 61 Schwerverletzte. Die Gewerkschaften, die Sozialdemokratische Partei und das Reichsbanner haben in zwei Telegrammen den Reichsinnenminister auf die unerhörten, verfassungswidrigen Zustände in Braunschweig aufmerksam gemacht und Schutz gegen die bewaffneten Hakenkreuzbanden gefordert. Der Reichsinnenminister hat keine Möglichkeit zum Eingreifen gesehen. Von Rechts wegen müßte eine Abteilung Reichswehr entsandt werden, die den nationalsozialistischen Regierungsladen in Braunschweig aufhebt. — Der Charakter dieser Hitler-Kundgebung geht auch daraus hervor, daß die uniformierten Braunhemden mit „Heil-Hitler"- und „Deutschland-erwache"-Rufen vor einem Gefolge Hitlers vorbeimarschierten, unter dem sich unter anderen Prinz Auwi, der Herzog von Koburg und andere „hochgestellte Persönlichkeiten" befanden. — Das ist wiederum ein Beweis dafür, daß die Nationalsozialistische Arbeiterpartei, insbesondere die SA.-Leute, Söldnertruppen der Schwerindustrie und der verkrachten deutschen Monarchen sind.

Ist's Dummheit oder was sonst? In der Reichstagssitzung am 16. Oktober wurde auch der kommunistische Antrag, den Bau des Panzerkreuzers B einzustellen und die für diesen Bau vorgesehenen Mittel zur Kinderspeisung zu verwenden, mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Dazu bemerkt das Intelligenzblatt der Berliner KPD., die „Rote Fahne": „Die Sozialdemokraten stimmten für diesen Antrag, da sie wissen, daß der Reichsrat diesen Beschluß des Reichstags doch aufheben wird." — Wenn die Kommunisten das so genau wissen, dann muß man sie doch fragen, warum sie dann diesen Antrag überhaupt gestellt haben; denn es hat doch keinen Zweck, Anträge zu stellen, von denen man, wie man selbst sagt, weiß, daß sie wieder aufgehoben werden. Die Bemerkung der „Roten Fahne" beweist, daß die kommunistische Politik weiter nichts ist als Agitation, nochmals Agitation und Heruntergreifen der Sozialdemokratie. Zu bedauern sind allerdings ihre Wähler.

Fünftagewoche in der Tschechoslowakei. Die tschechische Regierung hat dem Parlament einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgelegt. Der Entwurf sieht die Einführung der Fünftagewoche ohne Kürzung der Löhne und Gehälter vor. An Stelle der bisherigen 48-Stunden-Woche tritt eine 40stündige Arbeitswoche. Auch in den Betrieben, in denen noch 6 Tage gearbeitet wird, darf die Arbeitswoche nicht mehr als 40 Stunden betragen. — Die tschechoslowakische Regierung ist eine Koalitionsregierung, in der die tschechischen und die deutschen Sozialdemokraten mitwirken. — Wo bleibt die deutsche Regierung, Herr Stegerwald?

Rücktritt der ersten Regierung der spanischen Republik. Weil das spanische Parlament die Ausweisung der Jesuiten und die Beschlagnahme der Güter dieses Ordens sowie gewisse Bestimmungen in der Verfassung beschloß, die die Trennung von Kirche und Staat regeln, haben Ministerpräsident Alcala Zamora und Innenminister Miguel Maura ihren Rücktritt erklärt, was die Gesamtdemission des Kabinetts zur Folge hatte. Der sozialistische Präsident der Nationalversammlung, Julian Besteiro, löste die Krise sehr rasch und geschickt, indem er Ugana mit dem Vorsitz im Kabinett betraute. — Der betreffende Verfassungsartikel wurde mit übergroßer Mehrheit, mit 178 gegen 59 Stimmen, angenommen.

Allgemeine Rundschau

Die gelben Nazis arbeiten umsonst. Im „Wöhrner Lokalanzeiger" bietet durch Inserat der Naziführer Dr. Clausen arbeitslose SA.-Leute zur kostenlosen Hilfeleistung in der Landwirtschaft an. Die Folge ist, daß einige Bauern ihre Knechte entließen und sich die arbeitslosen SA.-Leute auf den Hof nahmen. Das Vorgehen der Nazis ist um so gemeiner, als die Landarbeiter Schleswig-Holsteins sich gerade in einer Lohnbewegung befinden, so daß das Angebot der Nazis nichts anderes als ein Dolchstoß gegen die Landarbeiterbewegung darstellt.

Kampf um Kitsch ist der Titel eines Theaterstücks, aus dem man zunächst nur ersieht, daß der Kampf um den Kitsch geführt wird, nicht aber schon, daß er auch aussichtsreich ist. Wer aber das Stück sieht und sich ein wenig Geistesfreiheit und neuzeitliche Pädagogik bewahrt hat, den wird es hoffnungsfroh stimmen. Geschrieben ist es von jemanden, der mit der Schule eng in Verbindung steht, der die Schmerzen der Eltern kennt, mit den Kindern fühlt, die Schwierigkeiten mit den Behörden erlebte, der vielleicht schon geneigt war, den Glauben an ein Vorwärts zu verlieren, aber dann doch die Kraft zusammennahm und mit den Kindern in seiner Schule das zu schaffen suchte, was andere als zu schaffen möglich verneinten. Wer nun sieht, wie sich der Kampf des Schulleiters, der Lehrer und der Kinder einer weltlichen Schule mit der sogenannten öffentlichen Meinung abspielt, wer die Begeisterung der Kinder für ihre Lehrer erlebt und ein Stück neuen Unterrichts vordemonstriert erhält und dann den Sieg der Idee der weltlichen Schule spürt, fühlt neue Begeisterung für den Kampf um die Sache der Freiheit. Aber er spürt noch mehr. In dem Stück wird auch ein Kitschmuseum behandelt, zu dem die Kinder von daheim die alten, traditionellen Nippesfiguren bringen. Sie dienen als Anschauungsunterricht für Dinge, die eigentlich nicht sein sollten. Haben wir nicht auch in unserem Denken — wir meinen nicht nur das Denken in schulpädagogischen Fragen — manche Nippesfigur in unserem Gehirnkasten, die längst in ein Museum gehörte? Hätten wir nicht schon mit manchen Anschauungen in unserer Bewegung aufräumen müssen, die uns am Vorwärtsschreiten hindern? Es kämpfen viele in unsern Reihen für neue Ideen. Viele sind schon müde geworden. Auch in der weltlichen Schule des Theaterstücks schien es beinahe, als ob man müde werden wollte. Und doch wurde es geschafft mit den Kindern, mit der neuen Generation. Laßt auch uns mit unserer Arbeit nicht müde werden. Laßt uns nicht nur an das Heute denken, denkt auch an das Morgen und vor allen Dingen daran, daß eine neue Generation an die Tür klopft, die helfen will, die in die Fußtapfen der Alten treten möchte, die aber auch neue Aufgaben sieht und zu erfüllen bereit ist. Sie bietet sich an, die junge Generation, sie wächst heraus aus den Schulen, wie im Theaterstück, sie wächst aber auch heran in den Jugendabteilungen der Gewerkschaften. Achtung, Freunde, daß sie nicht schneller heranwächst, als wir Alten innerlich bereit sind, sie aufzunehmen und wirken zu lassen. — Das prächtige Stück wird zunächst von der Berliner Volksbühne in ihrem eigenen Theater am Bülowplatz aufgeführt. Weiter haben das Stück zur Aufführung erworben: Deutsches Schauspielhaus in Hamburg, Düsseldorfer Schauspielhaus, Städtische Bühnen in Leipzig, Bremer Schauspielhaus und Städtische Bühnen in Hannover. Hoffentlich folgen bald die Theater anderer Städte. Hier haben sie eine Aufgabe!

Für Senkung der Mieten und Aufrechterhaltung des Mieterschutzes. Eine Kundgebung des Verbandes Berlin des Reichsbundes Deutscher Mieter, in der nach Vorträgen des Senatspräsidenten Freymuth und des Bundesvorsitzenden des Reichsbundes Deutscher Mieter, Ozlepk, in denen der Senkung der Mieten gezeigt und die unsoziale Politik der Reichsregierung aufgezeigt wurden, nahm eine Entschließung an, in der schärfster Protest gegen den Plan der Reichsregierung erhoben wurde, die gesamte Mieterschutzgesetzgebung trotz steigender Wohnungsnot bereits am 1. April 1933 außer Kraft zu setzen und den

Schutz der Neubaumieter, der Untermieter und der Mieter von größeren und mittleren Wohnungen oder von mit Wohnungen verbundenen Geschäftsräumen am 1. Januar 1932 aufzuheben. Insbesondere wird protestiert gegen die Absicht der Reichsregierung, die Mieterbeisitzer beim Mietschöffengericht und beim Mieteinigungsamt ab 1. Januar 1932 zu beseitigen. — Im Hinblick auf die ungeheure Wirtschafts- und Wohnungsnot der breiten Massen der Mieterschaft wird von der Reichsregierung gefordert: 1. Sofortige Maßnahmen zu entschiedener Senkung der Mieten für Wohn- und Geschäftsräume in Alt- und Neubauten, insbesondere auch bei langfristigen Mietverträgen. 2. Unveränderte Aufrechterhaltung des Mieterschutzes bis zur Schaffung eines zeitgemäßen sozialen Miet- und Wohnrechts. Die skrupellosen Forderungen des radikalen Hausbesitzes auf Uebereignung des den Hypothekengläubigern entzogenen Kapitals von 60 bis 70 Milliarden Goldmark gegen ganz unwesentliche Gegenleistungen sehnen die Versammelten entschieden ab.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Abhanden gekommene Ausweise. Das dem Kollegen Herbert Kalufe in Straßburg i. Elsaß gestohlene Mitgliedsbuch Nr. 220 916 und Reisekarte Nr. 2644 ist dem Dieb abgenommen und dem Kollegen Kalufe wieder ausgehändigt worden. — Verlorengegangen ist das Mitgliedsbuch Nr. 807 790 sowie Papiere des Kollegen Rudolf Bayer, geboren 30. Juni 1913 zu Rodebach, eingetreten 12. Juni 1927 zu Dresden. Ein Ersatzbuch ist für den Kollegen ausgestellt worden. Das alte Mitgliedsbuch ist anzuhalten und an das Bundesbüro einzusenden.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

Altenburg. (Schmölln.) **Kurt Beyer,** M.-Polier, 35 J.
Annaberg. (Stadt.) **Theodor Bachmann,** Erdarb., 66 J.
Auerbach. (Treuen.) **Otto Blei,** Hilfsarb., 53 Jahre alt.
Burg/M. **Gustav Schulz,** Maurer, 40 Jahre alt.
Darmstadt. **Adolf Schäfer,** Hilfsarbeiter, 54 Jahre alt.
Dresden. **Hermann Bothe,** Hilfsarbeiter, 63 Jahre.
(Freital.) **Ernst Morgenstern,** Maurer, 53 Jahre.
(Sporbitz.) **Gustav Pester,** Hilfsarbeiter, 57 Jahre.
(Sacka.) **Martin Socher,** Hilfsarbeiter, 31 Jahre alt.
(Kötzschenbroda.) **Gustav Voigt,** Hilfsarb., 81 Jahre.
Frankfurt/M. (Dreieichenhain.) **Philipp Schickevanz,** Maurer, 65 Jahre alt
Güstrow. **Fritz Möller,** Invalide, 65 Jahre alt.
Hannover. **August Bellstedt,** Bauhilfsarb., 43 Jahre.
August Sennholz, Maurer. 71 Jahre alt.
Kassel. (Elgershausen.) **Christ. Poppenhäger,** M., 65 J.
(Immenhausen.) **Carl Seitz,** Maurer, 68 Jahre alt.
Kiel. (Holtenau.) **Johann Albin,** Hilfsarb., 49 Jahre.
Königsberg. **Johann Ensoleit,** Maurer, 66 Jahre alt.
Landsberg/W. (Berlinchen.) **F. Eisermann,** M., 81 J.
Fritz Neese, Maurer, 82 Jahre alt.
(Lippehne.) **Wilhelm Schmoldt,** Maurer, 63 Jahre.
Leipzig. **Richard Grohmann,** Asphalteur, 64 Jahre.
Gustav Keil, Cementierer, 49 Jahre alt.
August Krause, Maurer, 75 Jahre alt.
Magdeburg. (Olvenstedt.) **Andreas Röder,** M.-P., 64 J.
Nebra/M. **Franz Schmidt,** Maurer, 66 Jahre alt.
Speyer. **Michael Doberas,** Maurer, 67 Jahre alt.
Stralsund. **August Schulz,** Hilfsarbeiter, 71 Jahre.
Waldenburg. **Bernhard Funke,** Hilfsarbeiter, 35 J.
August Hanke, Cementierer, 67 Jahre alt.
Walsrode. **Hermann Wilkens,** Hilfsarbeiter, 35 Jahre.
Wiesbaden. (Naurod.) **Karl Usinger,** Maurer, 59 J.
Zeitz. (Sautzschen.) **Wilhelm Neef,** Maurer, 60 Jahre.
Ziegenrück. **Erich Wolframm,** Maurer, 25 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Baugewerkschaft Dresden, Fachgruppe der Kalk- und Ziegelträger.

Die Fachgruppen-Beiträge für dieses Jahr werden an den vier Sonnabenden im November, nachmittags von 2 bis 4 Uhr, im Bundeshaus der Baugewerkschaft gestundet.

Baugewerkschaft Dresden, Fachgruppe der Ofensetzer.

Besondere Auskunft in Fachgruppenangelegenheiten wird erteilt jeden Dienstag und Freitag von 5 bis 6 Uhr im Büro Ritzenbergstraße 3.

Bücher u. Schriften

„Neue Blätter für den Sozialismus." Verlag Alfred Pralh, Potsdam. Das Oktoberheft wird mit einem Aufsatz aktuellen Inhalts „Ist Brüning der Retter?" eröffnet. In dem Aufsatz „Aktive Konjunkturpolitik werden der bisherige Verlauf und der gegenwärtige Stand der Wirtschaftskrise, ferner die Möglichkeit eines positiven Einsatzes vom Sozialismus her untersucht. Weitere Aufsätze über „Bankenaufsicht — Bankenverstaatlichung", über „Frauenbewegung und Frauenbildung" folgen. Für den inneren Zustand der Partei, gerade im Hinblick auf die Abspaltung der „Linken", sind mehrere weitere Beiträge sehr interessant. Eine Reihe kleinerer Beiträge schließt sich an. Sowohl der Herausgeber- als auch der Beiratskreis ist durch mehrere jüngere, politisch aktive Mitarbeiter erweitert worden. Karl Severing hat kürzlich diese Zeitschrift „mutig und lebendig, geschickt und kenntnisreich" genannt.

„Deutschland und die Weltwirtschaft." Von Gregor Dienstock. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Preis geb. 3,80 ℳ, kart. 2,80 ℳ. — Das Buch stellt sich die Aufgabe, Probleme der deutschen Wirtschaft, die durch die heutige Krise ganz besonders akut geworden sind, vom Standpunkt der internationalen Verflechtung Deutschlands aus zu beleuchten. Es soll versucht werden, die gegenwärtige deutsche Wirtschaft im weltwirtschaftlichen Querschnitt darzustellen. Handelsbilanz und Zahlungsbilanz, ausländische Anleihen, die internationale Gebundenheit der deutschen Industrie und Landwirtschaft, der deutsche Außenhandel und seine Zukunft — das ist ungefähr der Kreis der Fragen, die in dem Buch erörtert werden. Die Anpassung an eine neue weltwirtschaftliche Umgebung ist für das deutsche Volk und besonders für die gesamte deutsche Arbeiterschaft mit vielen Opfern und Leiden verbunden. Das Wissen um die großen weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, in die der Verlauf des deutschen Wirtschaftslebens eingespannt ist, kann nur das Lebensgefühl der Massen steigern, ihren Willen zur Ueberwindung der Schwierigkeiten stählen. Das ist die wichtigste Aufgabe dieses Buches, das ein Thema behandelt, das heute als aktuellste Frage des Tages in der ganzen Welt diskutiert wird.

Schallsichere Decken und schalldämpfende Fußböden, von Friedrich Huth, Architekt, mit 5 Tabellen und 58 in den Text gedruckten Abbildungen. Friedrich Huths Verlag, Berlin-Charlottenburg 4. Preis 6,— ℳ. Der Verfasser betont im Vorwort seines Buches, daß er mit einem größeren Werke über „Schalltechnik im Hochbau" beschäftigt, sich entschlossen habe, diesen bereits vollendeten Teil über die schallsichern Decken und schalldämpfenden Fußböden der Oeffentlichkeit zu übergeben, um im Jahre der „Deutschen Bauausstellung" dem Praktiker, der mit den gelehrten Schriften über diesen Gegenstand größtenteils nichts anzufangen wisse, Konstruktionsbeispiele aus der Praxis mitzuteilen, nach denen er unmittelbar zu arbeiten vermag. Die schalltechnischen Versuche sind nur soweit berücksichtigt, als sie für den praktischen Baumeister von Bedeutung sind. Zahlreiche Strichzeichnungen ergänzen den Text, in dem auch die Ergebnisse des Wettbewerbs für den wirtschaftlichen Massiv-Deckenbau eingehende Berücksichtigung gefunden haben. Ein ausführliches Sachregister erleichtert das schnelle Auffinden aller in Betracht kommenden Konstruktionsweisen, Isolierstoffe usw. Das Buch wird dem Praktiker gute Dienste leisten.

„Ein steiniger Weg." Lebenserinnerungen von Ottilie Baader. Mit einem neuen Vorwort von Marie Juchacz versehen im Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Preis 1,50 ℳ. — Ein wertvolles Zeitbild, das uns die greise Vorkämpferin hinterlassen hat. Ihr bescheidener Sinn hätte ihr sonst gar nicht gestattet, von sich selbst zu sprechen, wenn sie sich nicht im Zusammenhang mit dem Werden ihrer Zeit gesehen hätte. Sie fühlte ihr Frauenschicksal als das der proletarischen Frauenschicht. Sie fühlte aber nicht nur mit den Arbeiterfrauen, sondern mit der ganzen Arbeiterklasse. Das Buch ist ein kleiner geschichtlicher Ausschnitt aus der sozialdemokratischen Frauenbewegung.

Heilige und Hexer. Glaube und Aberglaube im Land des Lamaismus. Nach eigenen Erlebnissen in Tibet dargestellt von Alexandra David-Neel. Mit 22 Abbildungen. Geheftet 8,70 ℳ, Ganzleinen 10,50 ℳ. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig. Alexandra David-Neel, früher Lektorin an den Universitäten Paris und Brüssel, hat über ein Jahrzehnt in den Klöstern und Einsiedeleien Tibets zugebracht. Der Maharadscha von Sikkim und der Dalai Lama waren ihre Gönner. Sie macht uns mit dem Götter- und Dämonenglauben der Tibeter, ihren Vorstellungen vom Jenseits und von den Wanderungen der Seele bis zum Eingehen ins Nirwana ebenso bekannt wie mit dem Leben der Mönche und Nonnen, die teils als wirkliche ernsthafte Gelehrte, teils als abgefeimte Spekulanten auf die Beschränktheit ihrer Mitmenschen erscheinen. Die Verfasserin bietet uns eine spannende, durch zahlreiche Abbildungen belegte und häufig durch echt gallische Ironie gewürzte Darstellung vom geistigen Leben der Väter auf den Hochländern Innerasiens. Staunend blicken wir in eine Wundermelt und in Abgründe der menschlichen Seele.

„Gewerkschafts-Archiv." Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwing. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena, St.-Jakob-Straße 36. Vierteljahresabonnement 3,60 ℳ.

Das Bundes-Mitgliedsbuch gehört in die Buchtasche. Zu haben bei den Baugewerkschaftsvorständen. (F

Geschenke billig
Weihnachts-Katalog gratis
Sigurd Gesellschaft
Kassel 368

T 11

Josef Witt, Weiden-Oberpf.
Größtes Webwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken und eigenem Ausrüstungswerk.
2500 Arbeiter und Angestellte,
31472 Spindeln in eigener Spinnerei,
1600 mechanische Webstühle in eigenen Webereien.
700 Eisenbahn-Waggonladungen Webwaren
sind im letzten Jahre bei mir eingetroffen!
900 000 Nachbestellungen
auf Waren haben mir meine alten Kunden in einem Jahre eingesandt. Der natürlichste Beweis der Güte und Billigkeit. Ich erwarte auch Ihre Bestellung. Es ist Ihr Nutzen. Jetzt Abgabe an die Verbraucher wie untenstehend. Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint. Bei Bestellung von Mk. 15.— an erhalten Sie auf diese Preise
noch 5 Prozent Rabatt
Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch 1 brauchbare Schlafdecke mit kleinen unscheinbaren Fehlern.

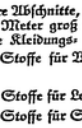
Nr.	Preise per Meter	Breite	Mk. Pf.
8	Weißes Hemdentuch, Gebrauchsware	70 cm per m	0.20
9	Weiß. Hemdentuch, sehr gute, mittelstarkfädige, dicht geschlossene Sorte,	80 cm per m	0.38
10	Vorhangstoff, Garnen mit echt indanthrenfarbig., schönen Streifmust.,	70 cm, p. m	0.18
11	Handtücher, schwere Strapazierqualität,	40 cm per m	0.28
12	Baumwolltuch, ungebleicht, mittelfein-fäd., haltb. Sort.,	78cm p.m	0.28
13	Baumwolltuch, ungebleicht stark., f. unverwüstl. Qual.,	78cm p.m	0.38
14	Hemdenflanell, gute, haltbare, reißfeste Qualität, echt indanthrenfarbig gestreift,	70 cm per m	0.30
15	Hemdenflanell, echt indanthrenfarbig gestreift, außerordentl. haltbare, fast unzerreißbare, kräft. Qualität, fast unverwüstlich im Gebrauch,	75 cm, p. m	0.40
16	Weißes Makotuch, feinfädig, sehr dicht geschloss., garant. echt ägyptisch, für besonders feine Hemden und Wäschestücke,	80 cm per m	0.50
17	Stuhltuch, auch Haustuch genannt, weiß, sehr dicht geschlossene, starke Qualität, für bessere, strapazierbare Bettücher,	150 cm per m	1.15
18	Frottierhandtücher, aus gutem Kräuselstoff, mit schönen eingewebten Mustern,	Größe 45×100 cm, p Stck.	0.70
19	Damentaschentücher, weiß, mit Hohlsaum, feinfäd., gute, sehr beliebte Qualität,	30×30 cm, p. ½ Dtzd.	0.70
20	Wischtücher, gute, beliebte Sorte, strapazierb.,	45×45 cm, p. ½ D.	0.70

Ungeheuer vorteilhaft!

21	Weißes Hemdentuch, mittelstarkfädig, geschloss. vorzügliche Qualität, für sehr solide, besonders haltbare Wäschestücke. Weil dieses Tuch ohne Appretur hergestellt ist, wird dasselbe in der Wäsche statt leichter noch dichter, breit, Ausnahmepreis	80 cm per m nur	0.36

Bei Bestellung genügt Angabe der Nummer mit je der gewünschten Meter oder Stückzahl. Abgabe von jedem Artikel bis 100 m bzw. bis 20 Dtz. an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von Mk. 10.— an, portofreie Lieferung von Mk. 20.— an. Meine Garantie: Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten, welche trotz der Güte und Billigkeit nicht entsprechen sollte. Zurückbezahlung des vollen ausgelegten Betrages auch dann, wenn Sie nicht die vollste Ueberzeugung haben, daß Sie meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten außergewöhnlich günstiger erhalten haben.
Josef Witt, Weiden 54, Oberpf.
Webwaren — Fabrikation — Ausrüstung — Versand

Reellste Bezugsquelle!
Neue Gänsefedern
von der Gans gerupft, mit Daunen, dopp. gereinigt, allerbeste Qualität Pfd. 3.—, nur kleine Federn (Halbdaun.) 4.50, ¾ Daunen 6.25, gereinigte, gerissene Federn mit Daunen 3.50 u. 4.75, hochpr. 5.75, allerf. 7.—. 1a Volldaunen 9.— u. 10.—. Für reelle, staubfr. Ware Garant. — Versand gegen Nachnahme. ab 5 Pfd. portofrei. Nichtgefall. nehme auf meine Kosten zurück. Willy Manteuffel, Gänsemästerei, Neutrebbin 5b (Oderbr.) Aeltestes und größtes Bettfedernversandgeschäft des Oderbruches, gegr. 1852.


Louis Mosberg
Bielefeld 2
Isländer
Beste Qualitäten
ermäßigte Preise
Katalog gratis!

Eisen- Stahl- u. Holz- Betten Schlafzim. Stahlmatr. Kinderb., Polster, Chaisel., an jeden, Teilz. Katal 267 fr. Eisenmöbelfabrik Suhl (Th.)

Gummiwaren, hygien. Artikel. Preisl. G i grat. „Medicus" Berlin SW 68, Alte Jacobstr. 8

Tragt unsere Bundesnadel! (F

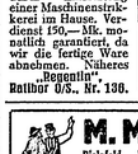
Eine wertvolle Ueberraschung
liegt gratis jedem Katalog bei und der reichillustrierten Katalog bekommen Sie umsonst dazu. Ueber 4000 Artikel des täglichen Bedarfs vorrätig, billig! Schreiben Sie noch heute!
Versandhaus A. S. Schindler München 77 Lindwurmstraße 125

1000 Hemden als Werbegeschenke
um unsere Firma bekannt zu machen. Unser Werbepaket H2 enthält 6 prima Arbeitshemden, 4 Biberh., 2 Schlosser- und Militärflanell, zus. z. Reklamepr. von nur 12,75 Mk. portofrei Nachn., solange Vorrat. Wer nicht zufried., erhält Geld zurück. Wer 2 Pakete bestellt, erhält 1 schön. weiß. Sonntagshemd geschenkt als Qualitätsprobe. Nur direkt ab Wäschefabrik Schmid, Waldershof 96 Fichtelgebirge. Halsweite angeben.

Fabrik-Reste nach Gewicht!

	RM.
Kleinere Abschnitte, weiß und bunt, unsortiert, bis ½ Meter groß für Flickzwecke, sowie für kleinere Kleidungs- und Wäschestücke 1 Pfd.	—.50
Rohe Stoffe für Wäsche, Vorhänge, Futter 1 Pfd.	1.25
Weiße Stoffe für Leib- u. Bettwäsche 1 Pfd.	1.75
Bunte Stoffe für Schürzen, Kleider, Hemden 1 Pfd.	2.25

Ein Pfund sind je nach Qualität bis 8 Meter und mehr. Versand gegen Nachnahme.
Garantie: Umtausch oder Geld zurück.
Hermann Wündisch G. m. b. H. Augsburg B 153
Mechanische Weberei und Wäschefabrik.


Neuer Beruf
für jeden Einzelnen durch Einrichtung einer Maschinenstrickerei im Hause. Verdienst 150,— Mk. monatlich garantiert, da wir die fertige Ware abnehmen. Näheres „Regelin", Rathbor O/S., Nr. 130.

Lest unser Bauwerk (F

M. Mosberg
Bielefeld, Jöllenbecker Straße 5
Die beste Berufskleidung, Qualitäts-Werkzeuge, Isländer — Preisliste gratis.

Verlag: Deutscher Baugewerksbund (Nikolaus Bernhard). — Verantwortl. Schriftleiter: Arthur Schmit. — Verantwortl. für den Anzeigenteil: Paul Lange, sämtl. in Berlin. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei, Berlin SW 68